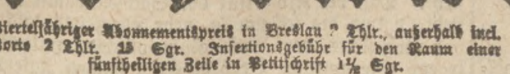
Breslauer Zeitung.


Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.



Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 578. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 10. December 1867.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 9. December.

13. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertisch Graf Bismarck, Graf Itzenplitz und Reg.-Commissar v. Keudell.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Vereidigung der Abgg. Kryger und Ahlmann. Präsident v. Forckenbeck theilt sein Schreiben an die beiden Abgeordneten mit, in dem er ihnen den Beschluß des Hauses vom 7. noch an demselben Tage ausdrücklich notificirt. Er hat darauf heute die Antwort erhalten, daß sie an ihrem Vorbehalt festhalten und den bedingungslosen Eid auf die preußische Verfassung nicht schwören wollen. Der Präsident ruft die beiden Abgeordneten noch einmal vor die Schranken des Hauses (sie sind im Hause nicht anwesend), und erklärt dann nach einer Pause, daß er dem Beschlusse vom 7. d. M. gemäß verfahren, das heißt die Regierung auffordern wird, Neuwahlen in den beiden schleswigschen Wahlbezirken zu veranlassen.

Es folgt die Vorberathung des Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten: Ausgaben 997,730 Thlr. (um 70,950 Thlr. weniger als im v. J. durch die Uebertragung der Bundesconsulate auf den Etat des norddeutschen Bundes), dagegen ist die Besoldung des Chefs des Ministeriums von 16,000 auf 18,000 Thlr. erhöht (6000 Gehalt und 12,000 Repräsentationskosten, im vorigen Etat nur 10,000), des Ministerial-Directors von 4000 auf 4500 Thlr., so daß er dem Unterstaatssecretär gleichsteht. Im Chiffrir-Bureau hat noch ein achter Beamter mit 1200 Thlr. angestellt werden müssen, die Miethsentschädigung des Botschafters in London ist um 1000 Thlr. bis auf 11,000 Thlr. erhöht, sein Kanzlei-Vorstand ist um 1000 Thlr. verbessert worden, der in Petersburg desgleichen. Der Fonds für geheime Ausgaben, 16,000 Thlr., ist unverändert geblieben (6000 als Extraordinarium, 10,000 als Zuschuß). Die Einnahmen sind durch Wegfall der Intraden der Bundesconsulate von 13,810 auf 8550 Thlr. vermindert.

Zu diesem Etat liegen zwei Anträge vor: 1) des Abg. Runge: die Zulage von 6000 Thlr. für den Militär-Bevollmächtigten in Petersburg nicht zu bewilligen; 2) der Abgg. v. Bennigsen und Kanngießer: die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen und die innerhalb des norddeutschen Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Consulatsposten aufgehoben werden.

Reg.-Commissar v. Keudell erläutert den Etat, der mit größter Sparsamkeit festgestellt sei, obwohl zahlreiche und an sich angemessene Anträge auf Mehrausgaben an die Regierung gelangt sind, die zurückgewiesen werden mußten. Zu den acht auf den Etat des Bundes übernommenen Consulaten werden im Etat für 1869 neue Bundes-Consulate treten.

Abg. Duncker: Wie denkt sich die Regierung die künftige Stellung dieses Etats in unserem Budget? Während das Militärwesen unserer Entscheidung entzogen ist, sollen die Einrichtungen, welche eine militärische Action überflüssig machen oder doch einschränken, nicht auf den Bund übergehen? Das Präsidium hat das Recht über Krieg und Frieden im Namen des Bundes, es kann Bündnisse schließen, Gesandte beglaubigen und empfangen. Wird diese Bestimmung ernsthaft aufgefaßt, wie können dann kurzweg die preußischen Gesandtschaften zugleich als Diplomatie des Bundes fungiren? Sollen sie eo ipso Organe des Bundes sein, so fragt es sich, ob wir hier Ausgaben für eine andere, größere Gemeinschaft votiren dürfen. Von der Stellung in dieser Frage wird es abhängen, ob unsere Entwickelung eine friedliche sein wird oder ob wir auf dem traurigen Wege des Bürgerkrieges fortfahren. (Unruhe rechts.) Will die Regierung sich betrachten als die Vertretung des Gesammt-Vaterlandes, so muß sie auf ihre bisherige specifisch-preußische Großmachtsstellung verzichten, oder die kleinen Bundesstaaten werden fortfahren, eigene Gesandtschaften zu unterhalten.

Abg. Graf Eulenburg: Auch wir verfolgen das Ziel, den Etat der diplomatischen Vertretung auf den norddeutschen Bund zu übertragen, wir glauben aber, daß das nicht mit einem Male geschehen kann. Ich werde daher nur für den ersten Theil des Bennigsenschen Antrages stimmen, eventuell, wenn keine Theilung statlfindet, ein eigenes Amendement einbringen.

Abg. Dr. Virchow: Der Etat des Auswärtigen entwickelt sich als eine wachsende Quelle von Ausgaben: 1849 634,000 Thlr., heute geradezu das Doppelte, für Wartegelder allein 55,000 Thlr., davon 38,713 Thlr. für die auf den preußischen Etat übernommenen Diplomaten Hannovers und Kurhessens, unter denen die erbittertsten Feinde Preußens sind, wie Graf Platen-Hallermund u. A. Das auswärtige Ministerium geht auch hier von dem Grundsatze aus, wenn nicht gerade glühende, so doch goldene Kohlen auf das Haupt seiner Feinde zu sammeln. Warum wird nicht auch dieser Etat auf breitere Schultern gelegt, warum soll nur das preußische Volk arbeiten für die Bezahlung der Diplomatie? Entweder sind wir trotz aller Glorie des Bundes noch nicht im Stande, das Ausland zu seiner Anerkennung zu zwingen, oder seine financielle Grundlage ist so enge, daß es unmöglich ist, auf die Schultern desselben auch die Diplomatie zu nehmen. Im letzteren Falle wünschte ich allerdings, im Interesse des preußischen Volkes, die Dauer des norddeutschen Bundes abgekürzt zu sehen. (Große Unruhe rechts.) Man kann ihn ja auf verschiedene Weise abkürzen, z. B. durch Erweiterung. — Wenn das preußische Volk alle Differenzen decken soll, dann wird es schließlich eine misera plebs contribuens. Die Hoffnung, daß man mit der neuen Gestaltung der Verhältnisse geringere Anforderungen an das preußische Volk stellen würde, ist nicht im Mindesten in Erfüllung gegangen.

Die preußische Diplomatie kennt nur die Kunst large zu sein. Diese ihre Art aber, die sich ganz auf den Weg des Commerses begiebt und die höhere Zwecke immer nur mit finanziellen Mitteln weiter bringt, können wir auf die Dauer nicht anerkennen. Schon jetzt müssen die alten Provinzen zu den Ausgaben der neuen einen Zuschuß von 1,600,000 Thaler hergeben; Hohenzollern muß einen Zuschuß von 78,000 Thalern erhalten, der Vertrag mit Waldeck enthält eine ähnliche Klausel. Schreiten wir so fort, dann gehen die Hoffnungen, mit denen das preußische Volk in die neuen Verhältnisse eingetreten, allerdings verloren (Unruhe rechts.) Vorübergehend können wir dem preußischen Volke sehr bedeutende Opfer zumuthen, aber bei dauernden Ausgaben muß doch schließlich Billigkeit und Gerechtigkeit entscheiden. Und das sind hier dauernde Ausgaben, die man durch Reden, wie des Abg. Braun, der schon seither und wohl auch in Zukunft durch alle seine Reden die rothen Hosen der Franzosen durchschimmern läßt, nicht zu vorübergehenden Ausgaben macht.

Graf Bismarck: Ich behalte mir vor, über den Antrag des Herrn von Bennigsen und Kanngießer einige Worte zu sagen, sobald einer der Herren Antragsteller über denselben gesprochen haben wird oder wenigstens einer derjenigen Abgeordneten, welche diesen Herren politisch näher stehen. Wenn ich jetzt schon das Wort ergreife, so ist es nur in der Absicht, einige Irrthümer zu berichtigen, die der Herr Vorredner hier zu Tage gefördert hat. In Bezug auf das Amendement von Bennigsen bemerke ich nur, daß das Mittel, welches der Herr Vorredner anführte, um zum Ziele zu kommen, gerade die entgegengesetzte Wirkung haben würde, als er beabsichtigt, nämlich das Mittel, in seiner Weise die Dauer des norddeutschen Bundes abzukürzen, dadurch, daß man ihn zu einem Gesammtdeutschland erweiterte. Die Schwierigkeiten, die mit der Frage verknüpft sind, wie man das Gesandtschaftsrecht erledigen soll, würden dadurch nur größer werden. Baiern macht natürlich größere Ansprüche als Sachsen, und das, was wir jetzt unseren Bundesgenossen gegenüber thun können und dürfen, würde vielleicht auf jene Staaten nur von abschreckendem Einflusse sein. Hauptsächlich aber habe ich das Wort ergriffen, um der Behauptung zu widersprechen, daß Leute, wie der Graf Hallermund und Andere seiner Gesinnungsgenossen von uns Wartegelder, Pensionen oder irgend welche Emolumente bezögen. Das ist nicht der Fall. Daß wir aber denjenigen, welche sich der neuen Ordnung der Dinge unterworfen haben, das wohlverdiente Gehalt, respective die Pensionen, welche sie sich im Dienste ihrer Regierung erworben haben, nicht streichen können, das wird mir auch von dem Herren Vorredner wohl zugestanden werden müssen.

Wenn Feindseligkeit gegen die preußische Regieruug Pensionsverlust nach sich ziehen würde, so würde das doch zu Consequenzen führen, die selbst der Herr Vorredner, wie ich überzeugt bin, mir nicht zugeben wird. (Bravo und Heiterkeit rechts.) Wenn der Herr Vorredner diese Berücksichtigung eines Rechtes, das sogar eingeklagt werden kann, eine largesse nennt, wenn er daran einen allgemeinen Tadel der preußischen Politik knüpft und behauptet, daß dieselbe ihre Wirksamkeit nur noch mit largesse und — wenn ich mich nicht irre, bediente er sich des Ausdruckes — commerce bethätige, daß sie also ihre Resultate gleichsam erkaufe, so ist mir dabei Eines von hohem Interesse gewesen und zeigt mir, wie verschieden seine Anschauungsweise und die meinige ist, nämlich daß er nach allen absprechenden und kritisirenden Urtheilen über die preußische Diplomatie, die ich, seit ich die Ehre habe, auf diesem Platze zu sitzen oder zu stehen, von ihm schon gehört habe, daß er nicht daran zurückdenkt, wie ich mir einmal erlaubt habe, ihn daran zu erinnern, was er wohl sagen würde, wenn in den Fächern, in welchen er als zu höherer Meisterschaft gelangt, als ich in dem meinigen, anerkannt ist, ein Laie sich erlaubte, in absprechender Weise ein Urtheil über ihn zu fällen, wo ich mir noch das Wort erlaubte, was mir der Herr Vorredner, glaube ich, schon damals concedirte, daß ich diese Dinge der Diplomatie besser verstände, als er. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie ich ihn daran erinnerte und wenn ich mir diese ganze Reihe von absprechenden Kritiken vergegenwärtige, die nicht zugetroffen sind, dann wundere ich mich wirklich, wo er den Muth dazu hernimmt, diese Kritik noch weiter fortzusetzen. (Bravo rechts, Händeklatschen auf den Tribünen; der Präsident erklärt, er werde die Tribünen, wenn das noch einmal vorkomme, räumen lassen.)

Abg. Kanngießer: Ein Bedürfniß für ein besonderes preußisches Ministerium des Auswärtigen ist nicht mehr vorhanden. Was die Vertretung innerhalb des Bundes betrifft, so weiß ich nicht, welche Bedeutung eine solche in Oldenburg und Hamburg haben kann, ich sehe darin nur ein Stadium der Entwickelung; dagegen würde ein diplomatischer Agent in Dresden weniger überflüssig sei, weil die sächsische Diplomatie ihre eigenen Wege zu gehen liebt. Beseitigen wir durch Uebertragung der preußischen Gesandtschaften auf den Bund den Schein der Sonderpolitik, damit auch den kleinen Staaten jeder Vorwand zu Sondergesandtschaften genommen wird; denn gerade durch diese ist jene vaterländische Gesinnung erzeugt worden, die das deutsche Reich zu Fall gebracht hat.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Die königl. Staatsregierung hält den gestellten und soeben von dem Herrn Vorredner vertheidigten Antrag in seinem ersten Theile für einen principiell zweifellos richtigen, indem er das Ziel andeutet und feststellt, nach welchem die Bundesverfassung in ihrer Entwickelung zu streben hat und welches die deutsche Politik Preußens erstrebt. Ich befinde mich in dieser Beziehung — und ich constatire das gern — sogar mit dem ersten Herrn Vorredner in Uebereinstimmung darin, daß ich den jetzigen Zustand als ein Provisorium, als ein Uebergangsstadium betrachte, aus welchem sich eine strengere Centralisation der Vertretung des Bundes nach außen hin, vorzugsweise auf dem Gebiete der großen Politik, entwickeln wird. Ich kann Ihnen die Nothwendigkeit dessen an einem kurzen Beispiele klar machen. Ihnen Allen wird erinnerlich sein, daß vor Kurzem bei der Einladung zur Conferenz die königlich sächsische Regierung die Einladung an das Bundespräsidium überwiesen hat und daß dies Verhalten mit dem Geiste der Bundesverfassung so vollkommen in Einklang gefunden wurde, wie das Verhalten der königl. sächsischen Regierung, seit dem sie dem Bunde beigetreten ist, überhaupt jeder Zeit gewesen ist. (Bravo rechts.) Aber genau genommen, hätte sich Preußen dieser Einladung gegenüber juristisch ganz in derseben Lage befunden, nur daß Preußen der größere Staat ist und daß Se. Majestät der König zugleich in seiner Person das Bundespräsidium vereinigt. Aber nach buchstäblicher Auslegung der Verfassung hätte die preuß. Diplomatie ebenso wie die sächsische auch ihrerseits die Einladung an das Bundespräsidium verweisen sollen. Daß diesem Umstande in der jetzigen Lage der Dinge nicht Rechnung getragen ist, werden Sie Alle begreiflich finden. Wir streben diesem Ziele zu, aber mit vorsichtiger Schonung der Gefühle unserer Bundesgenossen.

Es ist das eine zarte Frage dynastischer Empfindlichkeit jeder Zeit gewesen; ich darf nur daran erinnern, daß die Versuche Deutschland zur Einheit zu führen in den Jahren 1848 und 49, die den Namen des Herrn v. Radowitz tragen, in erster Linie und vorzugsweise an dieser Frage gescheitert sind, indem man vielleicht doctrinärer als nöthig war, von Hause aus dabei verharrte, daß das Gesandtschaftsrecht der einzelnen Staaten zu Gunsten der Centralgewalt absorbirt werden sollte, ein Opfer, zu dem sich die Regierungen nicht verstehen wollten. Wenn die königliche Regierung oder das Bundes-Präsidium nicht schon dazu geschritten sind, dem Bunde eine politische Vertretung im Auslande zu geben, so ist es davon nicht abgehalten worden durch die Befürchtung, daß irgend eine größere Macht dem Bunde die Anerkennung versagen könnte; diese Befürchtung ist uns nicht einmal aufgestoßen, und es ist auch nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß ein solcher Vorgang eintreten sollte, da die Bundesflagge allerseits ihre Anerkennung gefunden hat und damit der Vorgang gegeben ist zur Anerkennung des Gesandtschaftsrechts. Wir erwarten in der That auch keinen Einspruch. Wenn es bisher nicht geschehen ist, so hat der Grund lediglich in der Schonung des bestehenden Gesandtschaftsrechts unserer Bundesgenossen gelegen, und es wird daher, so lange die Bundesgenossen nicht freiwillig auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Gesandtschaftsrecht verzichten, meines Erachtens eine Theilung der Repräsentation nach Außen zwischen dem Bunde und den einzelnen Bundesstaaten in der Art stattfinden müssen, daß die Vertretung der großen europäischen Politik, in Fragen beispielsweise wie die heutige Conferenzfrage, dem Bunde gebührt, daß es aber den einzelnen Gesandtschaften unbenommen bleibt, den Schutz ihrer Angehörigen und Mitbürger nach wie vor zu üben, wozu sie unter Umständen noch mehr und wenigstens in demselben Maße durch Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse befähigt sind, als eine große viel beschäftigte Bundesgesandtschaft es sein würde.

Es läßt sich auf diesem Gebiete ein finanziell zu rechtfertigendes Fortbestehen der Gesandtschaften der kleinen Länder immer in ihren Budgets motiviren, während andererseits, wenn die gesandtschaftliche Thätigkeit ganz von den Gesandtschaften des Bundes absorbirt werden würde, die Landesvertretungen der kleineren Staaten sehr bald diese Gesandtschaften als völlig überflüssig erkennen und die Mittel dazu streichen würden. Ein solcher Vorgang würde aber meinem Gefühle nach in dem jetzigen Stadium zur Verbesserung und Befestigung der gegenseitigen Beziehungen nicht gerade beitragen. Es ist meinen Eindrücken nach wünschenswerth, daß man die Gesandtschaften der kleineren Staaten nicht rasch und absichtlich beseitigt, sondern erwartet, ob und wann sie gewissermaßen als reife Frucht von selbst fallen. Dieser Frage der politischen Vertretung des Bundes nach Außen hin näher zu treten, hat das jetzige diesmalige Beisammensein des Bundesrathes Anlaß gegeben und wir sind in derselben in vertraulichen Besprechuugen so weit gediehen, daß ich, ohne eine Verletzung bundestreuer Regierungen zu befürchten, in der Lage gewesen bin, mündlich die Zustimmung Sr. Majestät des Königs zur Ernennung von Botschaftern und Gesandten behufs Vertretung des norddeutschen Bundes zu erbitten, daß ich diese Zustimmung auch erhalten habe und daß diese Ernennung in ganz kurzer Zeit bevorsteht. (Bravo!) Daß wir dadurch in die Lage kommen könnten, die Anerkennung des Bundes als zweifelhafte Frage irgendwie behandelt zu sehen, das fürchte ich nicht und diplomatischer Brauch hält mich ab, die Gründe, warum ich das nicht fürchte, hier klar und officiell zu entwickeln.

Was den zweiten Theil des Antrages betrifft, so kann ich mich da den Herren Antragstellern nicht anschließen, und ich möchte sie bitten, darin der Geschäftskunde und Erfahrung der Regierung zu vertrauen, wenn ich unumwunden erkläre, diese Gesandtschaften innerhalb des Bundesgebietes sind uns eine geschäftliche Nothwendigkeit, und würden es auch bleiben, wenn das Bundesgebiet sich auf ganz Deutschland erweiterte. Es sind das Organe, deren das Präsidium und der Bundeskanzler ohne Nachtheil für die Geschäfte nicht gut entbehren kann. Wenn man sich diese Gesandtschaften innerhalb des Bundesgebietes als in Wegfall gebracht denkt, auf welche Mittel sind wir dann angewiesen, um eine Einwirkung auf die einzelnen Bundesregierungen zu üben, um die Gründe, die uns bestimmen, diese oder jene Maßregel vorzuschlagen, auf sie einwirken zu lassen, um vielleicht von einem Agenten dieser Regierung, der diesen Gründen nicht zugänglich ist, an dessen vorgesetztes Ministerium oder an seinen Souverän appelliren zu können? Welche Mittel, frage ich, bleiben uns dann, wenn diese Gesandtschaften in Wegfall kommen? Das häufig angebrachte Mittel, daß wir direct an diese Regierung schreiben und schriftlich unsere Wünsche vortragen, hat nicht immer dieselbe Wirkung, als wenn wir einen Gesandten an Ort und Stelle haben, der persönlich sich zu dem betreffenden Souverän oder dessen Ministerium zu begeben und für uns zu plaidiren im Stande ist und der das auch mit mehr Eifer thun wird, als der Vertreter, den diese Regierung zeitweise im Bundesrathe hat und der vielleicht seinerseits anderer Meinung ist als wir. Jedenfalls ist beispielsweise unsere Vertretung bei dem Großherzoge von Oldenburg eine wirksamere, wenn sie von einem preußischen, als wenn sie von einem oldenburgischen Organe ausgeübt wird. Wir brauchen ein solches Organ geschäftlich ganz nothwendig und werden es immer brauchen.

Wir haben deswegen auch nicht blos an einzelnen Stellen, die gerade als die Residenz dieser Gesandtschaft sich kennzeichneten, Gesandte accreditirt, sondern das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes ist, wenn ich so sagen soll, mit Creditiven bedeckt. Es giebt keine Bundesregierung, bei der nicht ein Agent des Bundespräsidiums oder Sr. Maj. des Königs accreditirt wäre. Beispielsweise ist der Gesandte in Weimar auch bei den übrigen benachbarten thüringischen Höfen accreditirt, soweit dieselben nicht in den Geschäftskreis der in Dresden domicilirten Gesandtschaft fallen. Unser Geschäftsträger in Hamburg ist zugleich bei der Hansestadt Bremen und bei den beiden Großherzogthümern Mecklenburg accreditirt und ist uns durchaus nützlich zur Befürwortung dessen, was wir z. B. in Schwerin durchsetzen wollen, zur Vorbereitung der Beschlüsse, bei denen die Mitwirkung der mecklenburgischen Regierung nöthig ist. Es ist der für diese Gesandtschaft in Ansatz gebrachte Posten mit Rücksicht auf die Theuerungsverhältnisse in Hamburg vor einigen Jahren erhöht worden, nachdem schon vor 5 oder 6 Jahren diese Erhöhung beantragt worden war. Der Gesandte in Oldenburg fungirt zugleich als Geschäftsträger bei dem Hofe von Braunschweig und einigen anderen kleineren Fürsten Norddeutschlands.

Ich möchte die Herren bitten, den Gedanken, uns dieses Mittel der Einwirkung auf unsere Bundesgenossen zu entziehen, aufzugeben, während ich den ersten Theil des Antrages, wie schon erwähnt, als ein vollständig richtiges Erkennen und Aufstellen des Zieles unserer Politik begrüße und auch nicht vor dem Gedanken zurückschrecke, daß dermaleinst in Zukunft das gesammte auswärtige Ministerium auf den Bund und das Bundeskanzleramt übergehen dürfte.

Abg. v. Bennigsen: Ich habe mit Genugthuung gehört, daß unser Antrag bereits in voller Ausführnng begriffen ist; wir wollen nicht mit einem Mal alle preußischen Gesandtschaften aufheben, sondern dies der Entwickelung des Bundes überlassen. Die Frage ist eine mehr staatsrechtliche und politische als finanzielle. Allerdings handelt es sich dabei um eine Million, wird aber die Vertretung auf den Bund übertragen, so fallen doch ¾ durch die Matrikularbeiträge auf Preußen zurück. Den kleinen Staaten ist verfassungsmäßig das Recht vorbehalten, ständige diplomatische Agenten zu halten, sobald aber in kurzer Zeit, wie wir eben gehört haben, der Bund seine eigene Vertretung hat, so würden auch diese gesonderten Gesandtschaften von selbst aufhören. Der Umstand, daß die völkerrechtliche Existenz des Bundes noch nicht von allen Mächten anerkannt ist, hat eine rein formale Bedeutung, und keine Regierung würde in der Lage sein, einen vom Präsidium ernannten norddeutschen Gesandten zurückzuweisen.

Abg. v. Diest constatirt, daß die Uebereinstimmung des Hauses über den Bennigsen'schen Antrag nicht eine so allgemeine sei, wie behauptet worden. Namentlich sei es die Uebertragung des auswärtigen Ministeriums auf den Bund, gegen welche seine Bedenken durch die gegebene Motivirung nicht beseitigt worden seien.

Abg. Dr. Löwe: Der Herr Ministerpräsident hat uns mitgetheilt, daß der norddeutsche Bund bald seine eigene Vertretung an den Höfen aller größeren Mächte haben wird; ich hoffe, daß die neue Macht damit eine Stellung einnimmt, welche ihr überall diejenige Achtung sichert, welche sie zu fordern berechtigt ist, und daß ihre äußeren Verhältnisse, die augenblicklich noch ziemlich wirr sind, eine wesentliche Vereinfachung finden würden. Es ist uns allerdings nicht gesagt worden, doch halte ich es für selbstredend und hoffe auf keinen Widerspruch des Herrn Ministerpräsidenten zu stoßen, daß dann neben der norddeutschen nicht auch noch eine preußische Vertretung an den Höfen der Großmächte gehalten werde, selbst wenn Sachsen dies für nothwendig finden sollte. Ich sehe allerdings die besondere Vertretung der Kleinstaaten im Auslande nicht mit so günstigen Augen an, wie der Herr Ministerpräsident; die Verhältnisse werden, wie ich glaube, dadurch nicht erleichtert, sondern erschwert, da der Gesandte des Gesammtstaates noch genöthigt sein wird, den diplomatischen Agenten des Kleinstaates zu beobachten und eine Reihe von Speculationen zu überwachen, die nicht aufhören werden, so lange überhaupt eine Sondervertretung stattfindet. Auf die Zweckmäßigkeitsgründe, welche für die besondere Vertretung im Inlande geltend gemacht worden sind, will ich nicht eingehen, doch widerspricht es meiner Meinung nach vollständig dem Geiste der Bundesverfassung, hinter dem Rücken des Bundesrathes, der das gesetzliche Organ bildet, noch durch Specialvertreter gesonderte Verhandlungen zu führen. Nur durch Beseitigung dieser Nebenvertretungen ist es möglich, eine feste Einheit im Bunde zu schaffen und dadurch auch ein Mittel, das ganze übrige Deutschland zu demselben hinüberzuziehen. Es tritt hier wieder eine bedeutende Differenz zwischen unseren Anschauungen und denen des Herrn Ministerpräsidenten zu Tage, wenn auch unsere Wege am Ziele zusammentreffen; er legt ein größeres Gewicht auf die Sympathien der Fürsten, wir auf die Interessen der Völker, und wir meinen, daß man auf einem Wege, welcher diese letzteren nicht in erster Linie berücksichtigt, die Volkseinheit vergeblich erstreben wird.

Ich will hier gleich Gelegenheit nehmen, eine Bemerkung über eine andere Angelegenheit anzuknüpfen, nämlich die russische Politik gegenüber unseren Grenzprovinzen. Durch die russische Grenzsperre sind den Ostprovinzen die Adern des Verkehrs vollständig unterbunden worden; sie vermögen daher eine Mißernte nicht so leicht zu ertragen, wie andere Provinzen und darum sehen wir selbst trotz des natürlichen Reichthums den traurigsten Nothstand. Vielleicht giebt uns der Herr Handelsminister nächstens Veranlassung, bei Berathung der Mittel zur Beseitigung desselben darauf zurück zu kommen, hier gilt es aber zunächst die eigentliche Quelle zu verstopfen. Ich bin weit entfernt, einen Druck auf unser politisches System ausüben zu wollen, wenn ich aber eine Hoffnung an die Macht des norddeutschen Bundes knüpfe, so ist es die, daß die Regierung aufhören möge, ein Satellit der russischen Politik zu sein; schon 1815 haben wir alle Phasen dieser Politik mit durchgemacht, endlich wird es an der Zeit sein, diesen Zustand aufhören zu lassen und unsere Interessen selbstständig zu verfolgen. Ein anderer Punkt, auf den ich die Aufmerksamkeit der Regierung lenken möchte, sind die Zustände in den russischen Ostseeprovinzen. Politische Parteisympathien sind es gewiß nicht, die unser Interesse dafür erwecken, und ebenso liegt es uns fern, zu den vielen brennenden Fragen noch eine baltische auf's Tapet zu bringen; wenn aber die preußische Regierung unserem Wunsche gemäß ihre Sympathien für die dort schwer bedrückten Protestanten ausspricht, so thut sie nichts Anderes, als was die russische Regierung mit viel geringerem Recht im Orient gethan hat; denn die Bedrängniß der griechisch-katholischen Bevölkerung war dort nicht so groß, als die der lettischen und finnischen Bauern in Curland Liefland, wo Nationolität und Religionsfreiheit trotz Naturrecht und abgeschlossenen Tractaten auf's Gröblichste verletzt werden.

Bei der Wichtigkeit der Frage wäre gewiß hier der Ort, wo die preußische Regierung ihr Gewicht im Interesse der Verfolgten in die Wagschale zu werfen hätte. Ein großes Reich kann ja nicht immer nur eine einzige Nationalität umfassen, das aber ist die erste Bedingung, daß dann jede Nationalität die Rechte der andern achtet, und auch wir in Deutschland müssen uns dieser Pflicht stets bewußt sein. Ich bedauere, daß die beiden dänischen Abgeordneten heute nicht vor den Schranken des Hauses erschienen sind, um den Eid auf die preußische Verfassung zu leisten, daß sie einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen der deutschen und dänischen Nationalität voraussetzen; ich erwarte, daß, sobald die Verhältnisse geordnet sind, der dänische Bürger ebenso ruhig und sicher unter dem preußischen Gesetz leben wird, als der deutsche. — In einer Stelle der Thronrede war die Versicherung ausgesprochen, daß Se. Majestät in der italienischen Frage den Interessen seiner katholischen Unterthanen Rechnung tragen werde. Diese Zusage berechtigt zu der Erwartung, daß diese Interessen der katholischen Unterthanen auch in den Rechten ihrer Glaubensgenossen in Russisch-Polen gewahrt werden sollen, die in einem Zustande leben, welcher alle Gesetze des Christenthums und Menschenthums verletzt. Ich wünschte allerdings nicht der Regierung dadurch Verlegenheiten zu bereiten, dennoch glaube ich, daß auch hier die Regierung durch ihren diplomatischen Vertreter ihren Einfluß geltend machen sollte. (Beifall.)

Graf Bismarck: Meine Herren! Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete der königlichen Staatsregierung einen gerechten Vorwurf gemacht hat, wenn er ihr den Vorwurf der Satelliten-Politik gemacht. Ich möchte ihm empfehlen, in dieser Beziehung die Uebersetzungen der russischen nationalen Moskauer Presse von Herrn Kerkoff u. A. zu lesen, dort wird er finden, daß

man die Verhältnisse von dorther gerade umgekehrt auffaßt, daß man dort der russischen Regierung vorwirft, daß sie Preußen gegenüber die Rolle des Mondes einnimmt (Heiterkeit), mit demselben Unrecht, mit dem der Herr Vorredner diese Rolle Preußen überträgt. Zwischen großen und befreundeten Staaten giebt es unzählige Fälle, wo sie naturgemäß mit einander gehen können, weil ihre Interessen dieselben sind, ohne daß man die friedlichen Verhältnisse darum zu stören braucht, indem man dem Einen die Unterordnung unter den Andern zuschreibt. Aus diesem Grunde, weil die russische Nationalität genau so empfindlich ist, wie die unsrige, hätte ich gewünscht, daß der Herr Vorredner sich enthalten hätte, sich derjenigen anzunehmen, die er als Bedrückte von Rußland bezeichnet. Wenn es ihm Ernst war, sich dieser Leute anzunehmen, so hat er durch die hier gethanen Aeußerungen seinen Zweck nicht erreicht, und die Leute, die er vertreten will, werden es ihm kaum danken. Der Herr Redner sitzt hier ganz bequem und spricht in Sicherheit, da er keine Verantwortung zu tragen braucht, ob er aber dadurch seinen Zweck erreichen wird, sollen Sie abwarten. Jede Regierung ist eifersüchtig auf ihre Unabhängigkeit und auf ihre Autonomie, und ich frage Sie, ob Sie es der königlich preußischen Staatsregierung zumuthen wollten, sich von auswärtigen Regierungen Einmischungen in die Maßregeln, die sie ihren Unterthanen gegenüber nimmt, gefallen zu lassen, und ich meine, der Herr Vorredner würde das auch mit Entschiedenheit zurückzuweisen; und so glaube ich recht zu thun, wenn ich dies im Namen einer befreundeten Regierung zurückzuweisen für meine Pflicht halte im Interesse der kleinen Minorität von Deutschen, die den anderen Stämmen, Russen, Esthen, Finnen u. A. gegenüber wie Einer zu Tausend steht. Diese durch eine solche Rede zu compromittiren ist kein guter Dienst, den man ihnen erweist. (Beifall rechts.)

Um mit dem Herrn Vorredner zur Sache, auf die Thätigkeit des preußischen Gesandten in Petersburg zurückzukehren, den ich zwar in der Rede figuriren sah, dessen Thätigkeit aber gar nicht berührt worden ist, so kann ich versichern, daß die Sorgfalt der Regierung gerade so sehr auf Erleichterung des Grenzverkehrs gerichtet war wie früher und wenn auch mit wenigem so doch mit einigem Erfolge, indem wir in diesen Tagen zu Verhandlungen mit der kaiserlich russischrn Regierung gelangt sind, in Folge deren einer der Provinzial-Steuer-Directoren aus den östlichen Provinzen sich auf russische Aufforderung nach Petersburg begeben hat, und wir hoffen, daß der diesseitige Gesandte das Interesse, welches die Staatsregierung diesen Fragen widmet, wird bethätigen können, und hoffen, daß die Rücksichten, welche die russische Regierung auf ihre eigenen Unterthanen nimmt, helfen und dabei fördern werden. Es ist immer noch ein Vortheil, diesseits der Grenze zu wohnen, denn die russischen Unterthanen jenseits der Grenze leiden unter dieser Grenzsperre unendlich mehr als die preußischen Einwohner, weil die letzteren die See offen haben, und die ersteren im Binnenlande wohnen. Wenn das Mitgefühl der russischen Regierung mit dem Leiden unserer Provinzen würde verwerthet werden können, so meine ich, daß sie glauben wird, den Einwohnern ihrer eigenen Provinzen, die noch mehr unter der Grenzsperre leiden, eine Erleichterung des Verkehrs schuldig zu sein, ohne daß ich heute bestimmen könnte, wann wir dieses Ziel erreichen werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. **Mitschke-Collande**: Die Berliner Abgeordneten haben mehr als alle anderen Ursache, mit den Erfolgen der preußischen Diplomatie zufrieden zu sein. Trotzdem sind sie es gerade, die ihre Vertretung angreifen, und ich halte es deshalb für eine Pflicht, hier auszusprechen, daß unsere ganze Hoffnung auf dem Manne beruht, der die äußere Politik führt, und den Grund zu der jetzigen Größe Preußens und Deutschlands gelegt hat.

Abg. Dr. **Virchow**: Ich muß dem Herrn Ministerpräsidenten bemerken, daß ich bei meinem über die Pensionirung früherer königl. hannoverschen Gesandten gemachten Bemerkung vollständig auf dem Boden amtlicher Quellen stand, und dies gab mir den Muth zu sprechen, was ich gesprochen habe. Wenn er nun meint, daß diese Mittheilungen aus trüben Quellen geschöpft seien, so stelle ich es der Beurtheilung des Hauses anheim, ob eine solche trübe Quelle etwa die Mittheilungen des uns vorgelegten Etats sind, wo im III. Bande der Anlagen, Seite 52, Nr. II. 7. ausgesetzt sind 20,666 Thlr. als Wartegeld für sieben vormalige hannöversche Gesandte. Als wir nun das Finanzministerium, in dessen Ressort diese Wartegelder gehören, um ein Namensverzeichniß dieser Pensionirten baten, wurde uns ein solches vorgelegt und auf diesem standen u. A. auch die von mir genannten Namen. Dies war die amtliche Quelle, welche der Herr Ministerpräsident eine „trübe" nennt. Der Herr Ministerpräsident mag wohl Grund zu dieser Bezeichnung haben; er hat vielleicht die Hoffnung, noch eine Aenderung herbeizuführen, vielleicht meint er, daß die uns amtlich mitgetheilte Aufstellung auf einem Mißverständniß beruht. Es würde mich dies sehr erfreuen. — Dem Herrn v. Bennigsen habe ich zu entgegnen, daß ich nicht den Gegensatz zwischen den alten und neuen Provinzen jüngst constatirt habe, sondern daß die Staatsregierung selbst auf S. 2 des Haupt-Etats ausdrücklich diese Betrachtungen angestellt hat. Es mag vom Standpunkte der neu eingetretenen Collegen vielleicht eine gleichgültige Sache sein, ob die alten Provinzen künftig mehr oder weniger zahlen. Wir haben schon lange Zeit für die Durchführung einer Steuerreform fruchtlos gekämpft; und wir halten es für unsere Pflicht, gerade den Zeitpunkt, wo sich ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ergiebt, zu benutzen, um die Steuerreform von Neuem zu betonen.

Ich glaube, daß es im Interesse der neuen nicht weniger, wie der alten Provinzen liegt, darauf hinzuweisen, daß in dieser Weise kein irgendwie befriedigender Finanzzustand herbeizuführen ist. Wenn man nicht darüber sprechen kann, wie die Verhältnisse sich jetzt gestalten gegen früher, dann werden wir künftig noch härtere Proben zu bestehen haben, die Verhältnisse werden sich von Jahr zu Jahr wiederholen und die Noth, die jetzt in einer einzelnen Provinz hervortritt, wird sich ausdehnen, und wir werden diese Frage später nur noch stärker betonen müssen. Wir müssen deshalb die Regierung zu der Ueberzeugung bringen, daß eine Steuerreform nothwendig ist. Die Hoffnung, welche das Ministerium im vorigen Jahre ausdrücklich ausgesprochen hat, daß durch Erweiterung des Staates, eine Entlastung der alten Provinzen erreicht werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen, sondern man hat uns nur noch stärker belastet zu Gunsten der neuen Provinzen. (Sehr wahr!) Das ist ein Novum, eine ganz veränderte Situation, in der wir uns befinden, die zu betonen ich keineswegs für unpolitisch und unzweckmäßig halten kann, wie der Abg. v. Bennigsen. Ich halte es im Gegentheil für sehr zweckmäßig, daran zu erinnern, wie unsere früheren Hoffnungen und Erwartungen jetzt vollständig zu Grabe getragen sind. Dies zu constatiren, ist die nothwendige Pflicht eines Volksvertreters, der offen darlegen soll, was er erkannt hat, damit es auch die anderen erkennen, die es schon von selbst hätten erkennen sollen. (Beifall links.)

Graf **Bismarck**: Ich muß dem Herrn Vorredner mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Quelle, aus welcher er geschöpft hat, und die sonst immer lauter zu sein pflegt, diesmal doch trübe gewesen ist. Ich kann nur die Versicherung wiederholen, daß der Graf Platen-Hallermünde sich nicht unter der Zahl derjenigen Gesandten befindet, die Wartegeld beziehen. Hätte der Herr Vorredner sich an die richtige Schmiede, an den Regierungs-Commissar für die auswärtigen Angelegenheiten gewendet, so würde er dasselbe erfahren haben, was dieser Herr auf Grund der Acten mir nochmals versichert hat.

Abg. v. **Waligorski**: Der Hr. Ministerpräsident hat auf die Interpellation des Abg. Löwe in Betreff der Bedrückungen der Deutschen in den Ostseeprovinzen erklärt, daß die Anregung solcher Fragen nur die Folge haben könne, daß noch mehr Unglückliche entstehen würden. Das ist möglicherweise in den Ostseeprovinzen der Fall, bei den Katholiken in Rußland ist es nicht mehr möglich. Die katholische Kirche in Rußland ist nämlich so unterdrückt, dermaßen außerhalb aller Gesetze und alles Rechtes gestellt, daß nur noch ein Appell an die öffentliche Meinung übrig bleibt; schlimmer kann es dadurch auf keinen Fall werden; und ich bin dem Abgeordneten Löwe zu aufrichtigem Dank für die Anregung dieser Frage verpflichtet. Wenn der Hr. Ministerpräsident in Aussicht gestellt hat, daß die russische Grenzsperre bald aufgehoben werden wird, so freue ich mich um so mehr, da ich eine bezügliche Anfrage an den Regierungs-Commissarius gerichtet, leider aber keine Auskunft erhalten habe, die irgendwie genügend war. Ich erhielt nur eine mündliche Antwort, die sich in allgemeinen Ausdrücken bewegte. Ich freue mich darüber hauptsächlich im Interesse der östlichen Provinzen, wo das dringendste Bedürfniß dazu gefühlt wird. Jedoch lassen mich meine eigenen Beobachtungen noch zweifeln an einem baldigen günstigen Resultat. Schon seit längerer Zeit ist in Petersburg ein Comite zusammengetreten, um eine Revision des Zolltarifs vorzunehmen. Anstatt jedoch eine Ermäßigung des Tarifs vorzubereiten, dürfte wohl von diesem Comite eher eine Erhöhung befürwortet werden, da das Comite aus lauter Anhängern des Schutzzollsystems besteht, eine Abhilfe von jener Seite also kaum zu erwarten ist. — Ein Hauptübelstand ist der, daß das Abfertigungssystem an der Grenze ganz in die Willkür der russischen Beamten gestellt ist und jedes vertragsmäßigen Schutzes entbehrt.

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Es sollte mir sehr Leid thun, wenn der Herr Vorredner darin Recht hätte, daß bei den in Petersburg gepflogenen Verhandlungen wegen Revision des Zolltarifs nichts herauskommen würde. Der Herr Vorredner scheint sodann das, was ich dem Abgeordneten Löwe in Betreff der Deutschen in den Ostseeprovinzen entgegnet habe, mißverstanden zu haben. Ich habe **nicht** gesagt, daß durch die Art, wie der Abg. Löwe die Frage wegen der Ostseeprovinzen angeregt hat, nur noch mehr Unglückliche entständen, sondern ich habe nur gesagt: „daß eine selbstständige und mächtige Regierung die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten von Seiten einer anderen Regierung schwerlich erträgt, und daß es nicht zum Vortheile der Schützlinge gereichen würde, wenn auf eine andere Einwirkung hingewiesen würde, als auf das in letzter Instanz entscheidende Gefühl und die Gerechtigkeit Sr. Majestät des Kaisers von Rußland.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Braun** (Wiesbaden): Der Abgeordnete des 3. Berliner Wahlbezirks hat angenommen, nicht allein, daß ich in dieser Debatte das Wort ergreife, sondern auch schon vorhergesagt, **was** ich sagen würde. Ich constatire mit aufrichtiger Genugthuung, daß die große und glänzende Zahl der nicht eingetretenen Prophezeihungen dieses Herrn Abgeordneten noch um eine vermehrt worden ist. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. **Löwe**: Ich habe durchaus nicht der **gegenwärtigen** preußischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie der Satellit Rußlands sei; im Gegentheil, ich habe die entgegengesetzte Hoffnung ausgesprochen, daß sie es nicht mehr sein werde. — Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß ich den Deutschen in den Ostsee-Provinzen einen schlechten Dienst dadurch erwiesen hätte, daß ich ihre Angelegenheit hier zur Sprache gebracht. Ich glaube, es ist doch wohl ein Unterschied, ob ein Minister die Sache angreift oder ob ein Abgeordneter des Volks seine Sympathien ausspricht.

Graf **Bismarck**: Dem Herrn Vorredner bemerke ich, daß ich mit meiner Entgegnung durchaus nicht seine Person oder die Politik, die er verfolgt, habe angreifen wollen, sondern daß ich gerade als Anwalt der Betheiligten so gehandelt habe, weil mir von dort der dringende Wunsch ausgedrückt worden ist, daß im Interesse der Betheiligten die Sache nicht hier im Landtage zur Sprache gebracht werden möge.

Abg. Dr. **Virchow**: Der Abg. Braun hätte sich seine mit so vielem Beifall der rechten Seite aufgenommenen Bemerkungen ganz ersparen können, wenn er auf das gehört hätte, was ich gesagt habe. Ich habe nicht gesagt, daß er heute noch reden, noch was er reden würde, sondern nur darauf hingewiesen, was er früher gesprochen hat und gesagt, daß er mit ganz demselben Rechte heute dasselbe sagen könnte. In Betreff der „trüben Quelle" muß ich noch bemerken, daß ich mich mit meiner Anfrage an denjenigen Regierungs-Commissar gewandt habe, der uns von der Staatsregierung als derjenige bezeichnet war, mit dem wir verhandeln sollten. Ich hatte keinen Grund, den Mittheilungen dieses Herrn zu mißtrauen und hielt mich nicht für berechtigt, mich über diesen Commissar hinweg an das auswärtige Ministerium zu wenden.

Darauf wird die Specialdiskussion eröffnet.

Die **Einnahmen** und Tit. 1—5 der **Ausgaben** werden **ohne** Debatte genehmigt.

Zu Tit. 6 Nr. 6 (Gesandtschaft in Darmstadt, 9000 Thaler) verlangt das Wort

Abg. v. **Hennig**: Der zweite Theil unseres Antrages, Aufhebung der preußischen Gesandtschaften innerhalb des norddeutschen Bundes ist principiell eben so gerechtfertigt, wie der erste. Mit unserem Antrag ist durchaus nicht die Absicht verbunden, daß nun sofort im nächsten Jahre diese Gesandtschaften sämmtlich aufhören sollen. Wir wollen nur, daß die Sache in anderer Weise geordnet werde. Der Verkehr mit den Bundesregierungen kann sehr gut durch Beamte des Bundeskanzleramtes unterhalten werden; es ist aber nicht nothwendig, daß diese Beamten die Eigenschaft internationaler Geschäftsträger haben.

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Der Herr Vorredner hat außer Acht gelassen, daß die Stellung eines „Geschäftsträgers" einen nicht zu unterschätzenden Vortheil mit sich bringt: den directen und von persönlicher Bekanntschaft getragenen Zutritt zum Souverän, die letzte Appellinstanzmaßregel im Bunde. Wenn wir einen Bundescommissar dort hinschicken, so verhandelt dieser nur mit den dortigen Behörden, kann sich aber nicht, wenn die Behörden sich nicht willig genug zeigen, über die Behörden hinweg an den Souverän wenden.

Abg. Dr. **Waldeck**: Ich habe den dringenden Wunsch, daß es das letzte Mal sei, daß dieser Gesandte hier erscheint. Er ist erst eingeführt worden im vorigen Jahr; früher war diese Function mit der Gesandtschaft in Frankfurt a. M. verbunden und es wurden damals, wie gesagt wurde, besonders im Interesse der deutschen Einheit, mit schwacher Majorität 4000 Thlr. für einen besonderen Gesandten bewilligt. So kam der Gesandte in Darmstadt auf die Welt. (Heiterkeit.) Der Gesandte in Frankfurt ist nun verschwunden; die Folge davon ist, daß man nun den Gesandten in Darmstadt mit 8000 Thlr. dotiren will, um das wiedereinzuholen, was man in Frankfurt spart. — Hessen-Darmstadt ist jetzt getheilt und der Souverän von Darmstadt weiß nicht genau, für welchen von beiden Theilen seines Landes der Gesandte accredirt ist. Als Mitglied des norddeutschen Bundes kann er doch unmöglich einen besonderen preußischen Gesandten accreditiren. — Sobald, was ja auch der Ministerpräsident für nöthig hält, das ganze Budget des auswärtigen Ministeriums auf den norddeutschen Bund übernommen wird, ist es doch undenkbar, daß der Reichstag die Gesandten in Weimar, Oldenburg ꝛc. fortbestehen lassen wird; denn man wird doch nicht bei sich selbst Gesandte halten. Besondere preußische Gesandte an diesen Höfen setzen ein specifisches Preußen innerhalb des Bundes voraus; diese Gesandtschaften müssen also wegfallen, dann wird jenen Staaten auch die Lust vergehen, noch besondere Gesandten zu halten. — Der Darmstädtische Gesandte nun hat bis jetzt auch nicht den geringsten Nutzen gehabt; er ist ganz überflüssig. Es ist doch nicht denkbar, daß ein Souverän in zwei Stücke geschnitten wird, daß der eine Theil zum norddeutschen Bunde gehört, der andere selbstständig ist; das sieht man dort selbst schon ein. Wir dürfen deshalb auch nicht das Geringste dazu beitragen, die Idee aufkommen zu lassen, daß beim Großherzog von Darmstadt ein besonderer preußischer Gesandter deshalb accreditirt sei, weil er mit der einen Hälfte nicht zum norddeutschen Bunde gehört.

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Die Gesandtschaft in Darmstadt hat doch keine so jugendliche Existenz, wie der Herr Vorredner es darstellte. So lange ich zurückdenken kann, hat die Frankfurter Gesandtschaft ebenfalls ihr Domizil in Darmstadt gehabt; wegen der Unbequemlichkeiten, die daraus entstanden, wurde die Residentur der Frankfurter Gesandtschaft von Darmstadt weg nach Frankfurt verlegt. — Wenn in Darmstadt wirklich nichts zu thun wäre, würden auch andere Staaten dort keine Gesandten halten; deshalb schon müssen auch wir einen besonderen Agenten dort haben. Ob dies in Zukunft so bleiben oder ob, wenn Hessen-Darmstadt bald ganz in den norddeutschen Bund aufgenommen werden sollte, von Seiten des Bundes ein Vertreter dort ernannt werden will, kann ich jetzt nicht erörtern. Wie die Dinge jetzt liegen, ist ein besonderer Gesandter dort noch nothwendig.

Abg. **Miquel**: Obgleich ich durch die Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht davon überzeugt worden bin, daß wir innerhalb des norddeutschen Bundes die Gesandtschaften beibehalten müssen, so glaube ich doch, daß wir bei Darmstadt nothwendig eine Ausnahme machen müssen. So lange nämlich in Darmstadt ein Ministerium Dalwigk existirt, so lange ist es absolut nothwendig, einen Gesandten dort zu halten, um die Politik der dortigen Regierung zu überwachen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Waldeck**: Zur Einwirkung auf die Volksstimmung giebt es gar keine ungeeignetere Persönlichkeit, als einen Gesandten. Von der Nützlichkeit des Gesandten in Darmstadt speciell habe ich auch noch nicht die geringste Probe gesehen. Wenn wir diese Gesandtschaft erst streichen, werden die anderen Staaten bald unserem guten Beispiele nachfolgen.

Abg. Graf **Schwerin**: Der Gesandte soll nicht auf die Volksstimmung, sondern auf die Regierung wirken; die Volksstimmung wird sich von selbst Preußen zuwenden.

Abg. **Miquel**: Auch ich muß das Volk in Hessen in Schutz nehmen; bei diesem ist die nationale Gesinnung vorherrschend; um diese zu verstärken, brauchen wir allerdings keine Gesandten. wohl aber, um auf die Regierung zu wirken, unter deren anti-nationalem Streben das Volk schwer leidet.

Position 6 wird genehmigt; zu Nr. 7 (Gesandtschaft in **Dresden**) erhält das Wort

Abg. **Wölfel**: Die Gesandtschaft in Dresden noch zu erhalten, ist jedenfalls erforderlich; zweifelhaft ist noch, welcher Grund mehr dafür maßgebend ist, ob der, um die Staatsregierung zu überwachen, oder um die Gefühle des Volkes mehr zum norddeutschen Bunde hinzutreiben. Es ist mir kürzlich der sächsische Militärvereinskalender in die Hände gekommen, der zum speciellen Gebrauch der Soldaten bestimmt ist, in welchem die absprechendsten Urtheile über die preußischen Militäreinrichtungen stehen, in welchen gesagt wird, daß Sachsen nur widerwillig und gezwungen auf kurze Zeit in den Bund getreten sei und worin die Hilfe Gottes angerufen ist, um das Land aus diesem Unglück wieder zu befreien ꝛc. — Wenn solche Sätze unter den Soldaten in Sachsen verbreitet werden in einem Kalender, der vom Militärverein herausgegeben ist, dessen Protector gleichzeitig Oberbefehlshaber des XII. Bundes-Armeecorps, so halte ich es für durchaus nöthig, hier noch eine preußische Gesandtschaft zu erhalten.

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Ich kann nicht annehmen, daß Seine königl. Hoheit der Kronprinz von Sachsen in irgend welchem Zusammenhange mit diesem Kalender steht. In welchem Zusammenhange er mit dem Militärverein steht, ist nicht ermittelt. Wenn er selbst Protector sein sollte, so bin ich überzeugt, daß diese Erscheinung in dem betreffenden Kalender nicht ohne Rückwirkung auf dies Verhältniß bleiben wird oder auf den Kalender (Heiterkeit). Die Erscheinung ist mir ebenso auffällig gewesen, wie dem Herrn Vorredner. Ich habe dieserhalb bei dem Gesandten in Dresden Erkundigungen eingezogen und dieser schreibt mir, daß die Militärvereine Privatinstitute und von der sächsischen Regierung ganz unabhängig sind; daß ebenso der Kalender ein Privatunternehmen ist, das von dem Redacteur des „Kamerad" begonnen sei und mit diesen Vereinen in keinem Zusammenhange stehe. Daß der Kronprinz von Sachsen damit in gar keinem Zusammenhange steht, davon bin ich um so mehr überzeugt, als es mir ganz undenkbar ist, daß angesichts der nationalpatriotischen Haltung der sächsischen Regierung irgend eine amtliche Behörde einen solchen Kalender sanctioniren könnte; daß der verabschiedete General v. **Holzendorf** damit in Verbindung stehe, glaube ich auch nicht annehmen zu können, da es mir unmöglich erscheint, daß selbst ein verabschiedeter höherer Militär seinen Namen und seine Thätigkeit zu einem solchen Preß-Elaborat hergeben könnte, das wahrscheinlich in fremdem Gelde seinen Ursprung hat.

Nr. 3 wird genehmigt, ebenso 8 und 9.

Zu Nr. 10 (Gesandtschaft in **Hamburg**) stellt Abg. **Duncker** den Antrag, diese Position zu streichen, überhaupt alle noch folgenden, die innerhalb des norddeutschen Bundes liegen, wie in Oldenburg und Weimar. — Die Fragen, die innerhalb des norddeutschen Bundes zwischen den Bundesregierungen zu entscheiden sind, können im Bundesrath erledigt werden. Unsere finanzielle Lage erlaubt es uns nicht, überflüssige Ausgaben zu machen. Neulich beim Kalender-Steuergesetz hat die Regierung erklärt, daß sie auch nicht die geringste Einnahme entbehren könne, selbst da nicht, wo es sich um eine erhebliche Erleichterung des Volkes handelte, um die Möglichkeit zu größerer Ausbreitung der Volksbildung. Wenn die Regierung mit dieser Engherzigkeit unseren Forderungen gegenübertritt, so ist es unsere Pflicht, keine Ausgabe zu bewilligen, die nicht durchaus nöthig ist. Wenn die Regierung kein Geld übrig hat für die Erleichterung des Volkes, so haben wir erst recht kein Geld übrig für die Amüsements der Gesandten. (Murren rechts.)

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Der Posten in Hamburg ist schwer zu missen, zumal wegen der Verhältnisse mit Mecklenburg, das er mit zu vertreten hat. Ob künftig statt der Gesandten von Seiten des Bundes vielleicht „Präsidial-Agenten" oder eine ähnliche Beamten-Kategorie eingeführt wird, muß späteren Erwägungen überlassen bleiben. Was den geringschätzigen Ausdruck betrifft, den der Herr Vorredner von der Beschäftigung der Gesandten gebraucht hat, so muß ich ihm überlassen, sich mit unserem Vertreter in Hamburg selbst zu besprechen, und er wird erfahren, daß dieser glaubt, eine ernste Aufgabe zu haben, die seine ganze Thätigkeit in Anspruch nimmt.

Abg. **Miquel** ist der Ansicht, daß innerhalb des Bundes die Beibehaltung der Gesandtschaften ganz überflüssig ist; Preußen möge den anderen Bundesstaaten durch Einziehung derselben mit gutem Beispiele vorangehen.

Die Position wird **genehmigt**; dagegen nur die Forschrittspartei; eben so geschieht es bei den Gesandtschaften in Oldenburg und Weimar, für deren Absetzung auch einzelne Nationalliberale stimmen.

Abg. **Runge** motivirt seinen Antrag, die 6000 Thlr. für den Militär-Bevollmächtigten in Petersburg abzusetzen, dadurch, daß dieser Posten, wenn er beibehalten werden soll, auf den Militäretat des Bundes gehört. Auch sind die Militär-Bevollmächtigten in Paris und Wien in diesem Etat nicht mehr aufgeführt.

Abg. v. **Hennig**: Um die Verhandlungen über Zoll- und Grenzverhältnisse mit Rußland erfolgreich zu machen, ist die Kündigung der Cartel-Convention, die etwa in zwei Jahren abläuft, das richtige Mittel. Die Stelle des Bevollmächtigten gehört auf den Militär-Etat des Bundes und darum kann man ihn hier zum letzten Male hoffentlich bewilligen, wenn man auch früher gegen die Position gestimmt hat.

Abg. **Faucher**: Man darf die Cartel-Convention nicht als Preis auf den Eintritt Rußlands in die europäischen Handelsverträge setzen, sondern diesen zu bewirken ist Preußen vermöge seines Einflusses und als befreundeter Nachbarstaat verpflichtet. Europa erwartet von ihm die Ausübung dieses Einflusses, wie Frankreich Belgien und Italien in das System der Handelsfreiheit hineingezogen hat.

Abg. **Kantak**: Die Kartelfrage liegt auf einem ganz anderen Gebiet, als daß es zulässig wäre, sie als Drohmittel zu gebrauchen, sondern die Convention darf aus politischen und humanen Gründen nicht mehr erneuert werden.

Nach einer kurzen Replik des Abg. v. **Hennig** erklärt Graf **Bismarck**, daß er sich nicht für berufen halte, an dieser Stelle über die Kartel-Convention und ihre Zukunft zu sprechen, sondern nur vom Militär-Bevollmächtigten in Petersburg, den die Regierung nicht seit Jahren mit solcher Zähigkeit behauptet hätte, wenn er ihr nicht nothwendig wäre, während sie doch sonst so manche Position geopfert hat. Aber es werde unmöglich sein, ihn auf den Militäretat des Bundes zu bringen und ihn von dem Ressortverhältniß zu dem auswärtigen Ministerium zu trennen. Der Grundsatz, daß die für auswärtige Zwecke verwendeten technischen Beamten der verschiedenen Departements, z. B. des Handelsministeriums vom auswärtigen Amt abhängen, müsse auch für die Militär-Bevollmächtigten gelten. In Wien sei keiner mehr accreditirt, die übrigen erhielten Diäten.

Stavenhagen: Die Convention mit Rußland schützte Preußen vor Ueberschwemmung mit Vagabunden. v. **Hennig**: Ich habe 20 Jahre lang an der Grenze gelebt, bin aber nie davon behelligt worden. Nur den Landräthen waren die Ueberläufer unbequem. wir andere waren mit dem Zufluß von Arbeitskräften, die wir brauchten, sehr zufrieden (hört!) **Kantak** protestirt gegen den Ausdruck Vagabunden, die edelsten Jünglinge waren es oft, die sich dem russischen Militärdienst entzogen.

Abg. **Stavenhagen**: Neben den Vagabunden mögen wohl auch edle Jünglinge über die Grenze gekommen sein. (Heiterkeit.) Graf **Schwerin**: Man lasse doch nun endlich den Kartelvertrag auf sich beruhen, jetzt, wo vom Militärbevollmächtigten in Petersburg die Rede ist. — Abg. **Waldeck**: Es ist ein Widerspruch, jetzt plötzlich für den Posten zu stimmen, als in der eiteln Hoffnung, daß er jetzt zum letzten Mal vorgelegt wird.

Der Antrag **Runge** wird **abgelehnt** (gegen ihn auch die National-Liberalen).

Bei dem Consulat in Hamburg macht Abg. **Twesten** auf die Anomalie aufmerksam, daß Preußen Consuln innerhalb des Bundes hält.

Graf **Bismarck**: Man wird auf diese Auffassung eingehen können, wenn die Verhältnisse des Bundes consolidirt sein werden; jetzt, bei nicht consolidirten Verhältnissen, bin ich nicht orientirt genug, um zu sagen, ob unsere Schifffahrts-Interessen das Consulat in Hamburg entbehren können. (Ein Antrag liegt nicht vor.)

Laßwitz als Vertreter Breslau's äußert sein Interesse für ein Consulat in Pest, das mit der Zunahme des Verkehrs und der Ausdehnung des ungarischen Bahnnetzes von großer Wichtigkeit werde. „Wir in Schlesien haben bedauert, daß wir so schlecht beim Friedesschluß weggekommen sind und nicht einmal Oesterreichisch-Schlesien bekommen haben. (Heiterkeit.)

Von dem Antrag **Bennigsen-Kanngießer** wird der 1. Theil **genehmigt**, der 2. **abgelehnt**; gegen den zweiten stimmen die Schleswig-Holsteiner, die Polen gegen beide Theile.

Gegen 3 Uhr wird der Etat des **Ministeriums für Handel und Gewerbe** vorberathen: **Ausgabe** 8,965,822 Thlr., 181,014 Thlr. weniger als im v. J. Das Haus tritt in diese Verhandlung mit dem Vorbehalt ein, der sich aus der Begründung des hannoverschen Provinzialfonds für die einzelnen Positionen ergiebt.

Reg.-Commissar **Maclean** erläutert den Etat durch einen längeren Vortrag. Abg. **Schmidt** (Stettin), der vier Bänke von ihm sitzt, erklärt mit Bedauern, daß er bei der Unruhe in dem halbleeren Hause kaum etwas verstanden habe. Die Berichterstattung theilt diese Lage und muß sich bei einem Etat, der das Bauwesen zu Wasser und zu Lande, die Chausseen ꝛc. umfaßt, bei der großen Zahl von Positionen, bei dem abspringenden Charakter der Vorberathung, der sich mit seinen zahllosen Fragen und Antworten der auszugsweisen Darstellung fast gänzlich entzieht, auf folgenden sachlichen Extract beschränken.

Ein Antrag **Karsten's**, betr. die Einrichtung von Provinzial-Gewerbeschulen in Schleswig und Holstein, wird einstimmig genehmigt. — **Faucher** empfiehlt für diesen Zweck auch Frankfurt a. M. als ein steuerkräftiges Centrum der Cultur.

Der **Handelsminister** begleitet alle diese Vorschläge mit seinem Wohlwollen und wird thun, was möglich ist. Die Schule in Aachen wird 1868 eröffnet.

Alle Positionen des Etats werden genehmigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. T.-O.: Bericht des Abg. Braun über das Rechnungswesen in den neuen Provinzen, Bunsen's über den Vertrag mit Waldeck, der Gemeinde-Commission über Petitionen, der Finanz-Commission über den Spielkartenhandel, Wahlprüfungen.

Donnerstag: Krondotation.

Abg. v. **Vincke** plaidirt für die Ruhr-, Graf **Frankenberg** für die Oder-Regulirung und verlangt den Plan für dieselbe zu kennen. Der **Handelsminister** ist bereit ihn mitzutheilen und hat bisher nur damit gezögert, weil er an eine Anleihe für diesen Zweck gedacht. Diesen Gedanken müsse er sich jetzt entschlagen. Von großem Werth sei es, gewisse Strecken durch Dampfbagger fahrbar zu erhalten, auch seien und blieben Eisenbahnen die verläßlicheren Verkehrswege im Sommer und Winter, da selbst dem Rhein zu Zeiten das Wasser ausgehe.

Auf **Grumbrecht's** Frage erklärt R.-C. **Maclean**, daß im Jahre

1868 die Elbe ober- und unterhalb Harburgs vertieft werden solle und deshalb mit Hamburg bereits unterhandelt werde.

Ein Antrag v. Waldow's, betreffend die Legge-Anstalten in Hannover, die 19,000 Thaler kosten, ohne daß sie, wie in Westphalen, für die Prüfung der Leinenwaaren Gebühren erhalten, wird angenommen.

Auf Anfrage v. Hennig's erklärt der Handelsminister, daß das Fahrwasser in Elbing in seiner Vertiefung erhalten und die feste Brücke über den Pegel bei Labiau gebaut werden soll.

Abg. v. Hennig verlangt dringend die Vorlegung des Verwendungsplanes für die zur Unterhaltung der unchaussirten Wege, Wasserwege, Brücken 2c. ausgesetzten 1,911,508 Thlr. (Tit. 13), wenn das Haus sie überhaupt bewilligen solle. Die Vertreter der Regierung sind dazu bereit, so weit sie es zu sein vermögen. Die Ansprüche der Provinzialbehörden sind diesmal enorm (4—5 Millionen), zumal die Stürme viel zerstört haben. Eine sorgfältige Prüfung der Forderungen kostet aber Zeit.

Berlin, 9. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Fürsten Wilhelm zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg den rothen Adler-Orden erster Klasse verliehen, dem Appellationsgerichts-Chef-Präsidenten a. D., Wirkl. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwigsdorf das Großkreuz des rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub; ferner den Ober-Finanz-Räthen Rommel, Schwarz, Rembe, v. Heydwolff und Fritsch zu Kassel, dem Ober-Steuer-Rath Ferger und den Domainen-Räthen Münzel und Busch zu Wiesbaden den Charakter als Regierungs-Rath; sowie dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer Buch zu Köln und dem Regierungs-Hauptkassen-Ober-Buchhalter Kammer zu Cöslin den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

[Bekanntmachung.] Die unterm 2. d. Mts. publicirten Tarif-Bestimmungen für Kabel-Depeschen nach Amerika sind von der englisch-amerikanischen Telegraphen-Gesellschaft neuerdings dahin modificirt worden, daß die für die Adresse, d. h. für den Namen des Aufgebers und Aufgabeortes, für den Namen des Adressaten und des Adreßortes, sowie für das Datum bewilligten fünf taxfreien Worte, fortan ohne Rücksicht auf die Zahl der dazu verwendeten Buchstaben gebührenfrei verbleiben.

Jedes zur Adresse etwa mehr verwendete Wort zählt bei der Taxirung, gleichfalls ohne Rücksicht auf die Zahl der verwendeten Buchstaben, wie ein Wort bis fünf Buchstaben.

Königliche Telegraphen-Direction.
von Chauvin.

Berlin, 9. Dec. [Beide königliche Majestäten] speisten vorgestern bei Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, bei welchen auch gestern das Familiendiner stattfand. Ihre Majestät die Königin ertheilte vorgestern dem Gesandten der Vereinigten Staaten Amerikas, welcher während Allerhöchst Ihrer Abwesenheit hier eingetroffen ist, die nachgesuchte Antritts-Audienz. — Gestern wohnte die Königin dem Gottesdienste in der St. Matthäikirche bei.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am 7. December um 11 Uhr militärische Meldungen entgegen.

[Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] wohnten am Vormittage des 8. December dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei. Um 11 Uhr nahm Se. königliche Hoheit militärische Meldungen entgegen und empfing hierauf den Ober-Garten-Director Jühlke, den Appellationsgerichts-Präsidenten Breithaupt und den Justizminister Dr. Leonhardt, sowie um 4 Uhr den Secretär Sr. Hoheit des Fürsten von Rumänien Dr. Friedländer. Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin ertheilte Frau von Arnim, geb. Gräfin Arnim-Boytzenburg eine Audienz. Um 5 Uhr fand im kronprinzlichen Palais das Familiendiner der höchsten Herrschaften statt. (St.-A.)

[Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes] für das Seewesen versammelte sich heute zur Berathung in Organisations-Angelegenheiten der Marine. — Ferner berieth der Ausschuß für Justizwesen über Vorschläge in Betreff der Proceß-Ordnung. (St.-A.)

[Dem Präs. v. Frankenberg-Ludwigsdorf] ist zu seinem Jubiläum folgendes königliche Handschreiben zugegangen:

Berlin, den 7. December 1867.

Sie feiern heute den Tag, an welchem Sie vor 60 Jahren Ihre Kräfte dem Dienste Ihrer Könige und dem Vaterlande weihten. Der Beruf, dem Sie Ihrer Wahl nach Ihre Lebensthätigkeit widmeten, hat Sie nicht abgehalten, in den Tagen, wo es sich um die Existenz des Staats handelte, den Degen zu ergreifen und Ihr Leben auf dem Schlachtfelde einzusetzen. Ihre erfolgreiche Thätigkeit in Ihrem Amtsberufe, die mannigfachen und unausgesetzten Geschäfte, die Ihnen das Vertrauen und die Achtung Ihrer Mitbürger — ich möchte sagen — fast aufbürdete, Rath und That für Jedermann habend — das sind Erfolge, für die Ihr eigenes Gewissen Ihnen den höchsten Lohn zollt.

Wie die Könige, meine Vorfahren, Ihre Hingebung für den Dienst des Vaterlandes zu ehren wußten, beweist Ihre Brust. Aber mir sei es vergönnt, beim Ausspruche meines Glückwunsches zu Ihrem, so seltenen Feste, durch Verleihung des Großkreuzes meines rothen Adler-Ordens, es vor der Welt zu bekunden, in welchem Maße ich Ihre Verdienste ehre und anerkennend zu belohnen wünsche.

Mögen Sie noch lange Ihre Kräfte mir und dem Vaterlande erhalten.

Ihr dankbarer König Wilhelm.

O. C. [Zum Etat des Ministeriums des Innern] ist von unseren schleswig-holsteinischen Abgeordneten Francke und Gen. der Antrag gestellt worden: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, „auf den Bau neuer Strafanstalten in Schleswig-Holstein Bedacht zu nehmen, und dem Landtage in dieser Beziehung eine Gesetzvorlage zu machen."

[Domänen in den neuen Provinzen.] Nach der von der Regierung vorgelegten Nachweisung der in den neuen Landestheilen vorhandenen Domänen und der von denselben aufkommenden Pachtzinsen sind in der Provinz Hannover vorhanden 200 Vorwerke mit einem Flächeninhalt von 141,848 Morgen und einem jährlichen Pachtzins von 451,586 Thlr., im Regierungsbezirk Kassel 110 Vorwerke mit 50,974 Morgen Flächeninhalt und einem Pachtzins von 194,627 Thlr.; im Regierungsbezirk Wiesbaden 31 Vorwerke mit 9,386 Morgen Flächeninhalt und einem Pachtzins von 37,135 Thlr.; im Herzogthum Schleswig 3 Vorwerke mit einem Flächeninhalt von 1248 Morgen und einem Pachtzins von 1975 Thlr.; zusammen 341 Vorwerke mit einem Flächeninhalt von 203,456 Morgen und einem jährlichen Pachtzins von 685,456 Thlr. Außerdem sind in den neuen Landestheilen noch eine Menge nicht zu den Vorwerken gehörige, sondern besonders benutzte Domänengrundstücke vorhanden, die zusammen einen Flächeninhalt von 451,131 Morgen haben.

[Der Provinzial-Fonds für Hannover] von 550,000 Thlr. soll verwandt werden: 1) zur Bestreitung der Kosten des Provinzial-Landtages und der einzelnen Landschaften in der Provinz; 2) zur Unterhaltung und Ergänzung der Landesbibliotheken, Leistungen von Zuschüssen für öffentliche Sammlungen, welche der Kunst und Wissenschaft dienen; 3) den Irren-Anstalten, milden Stiftungen, Blinden-, Taubstummen-, Idioten-, Landarmen- 2c. Anstalten. sowie des jüdischen Schulwesens der Provinz; 4) zur Bestreitung der Kosten, resp. Unterstützung des chausseemäßigen Ausbaues von Landstraßen; 5) zur Bildung eines Fonds für Zuschüsse zu Landesmeliorationen u. s. w.

[Die vormals hessischen und nassauischen Kassenscheine,] resp Banknoten sollen eingezogen und dafür neue preußische Kassenanweisungen im Betrage von 2,407,653 Thlr. ausgegeben werden: 2,400,000 Thlr. à 5 Thlr., und 7,653 Thlr. à 1 Thlr. — Die unverzinsliche Staatsschuld der Monarchie, jetzt 8,000,000 Thlr. à 5 Thlr. und 7,842,347 Thlr. zu 1 Thlr. (zusammen 15,842,347 Thlr) wird danach 10,408,000 Thlr. à 5 Thlr., und 7,850,000 Thlr. à 1 Thlr., zusammen 18,250,000 Thlr, betragen.

Kiel, 9. December. [Ehrenrath.] Heute constituirte sich hierselbst der Ehrenrath der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwalte. Zum Vorsitzenden wurde der hiesige Rechtsanwalt Mueller gewählt.

(T. B. f. N.)

Hamburg, 9. Decbr. [Die Elbe] ist seit gestern bis über Glückstadt hinaus mit Treibeis angefüllt, wodurch die Segelschifffahrt erschwert und gefährdet ist.

Hamburg, 9. Dec.]Der Reichstagsabgeordnete Melle] ist heute zum Senator gewählt.

Elberfeld, 9. Dec. [Ankauf der Rhein-Nahebahn.] Auch in hiesigen geschäftlichen Kreisen wird der Ankauf der Rhein-Nahebahn seitens der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft als bevorstehend bezeichnet.

Dresden, 9. Dec. [Gegen den Militär-Kalender.] Das „Dresd. Journ." desavouirt auf das Entschiedenste den in Pirna erscheinenden Militärvereins-Kalender, welcher Artikel enthalte, die mit der von der Regierung an den Tag gelegten Auffassung der Bundesverhältnisse und mit der Handlungsweise der Regierung überhaupt im Widerspruche stehen. — Das Kriegsministerium erklärt in einer amtlichen Bekanntmachung gleichfalls, daß jener Kalender durchaus in keiner Beziehung weder zu den Commando-Behörden, noch zur Regierung stehe, daß er auch nicht Organ der sächsischen Militärvereine sei, denen politische Tendenzen fernliegen.

München, 9. December. [Die Militärconferenz der süddeutschen Staaten] ist heute geschlossen worden. Ueber das Resultat derselben lassen sich zuverlässige Mittheilungen vor erfolgter Ratificirung nicht machen. Sicher ist, daß die Nachricht der Begründung entbehrt, Baiern habe die Abschaffung des preußischen Reglements, soweit dasselbe in den Südstaaten bereits eingeführt ist, beantragt. Im Gegentheil wird Baiern eine Revision seines eigenen Reglements nach denselben taktischen Grundlagen vornehmen.

Dem Vernehmen nach sollen wegen gemeinsamer, im nächsten Sommer abzuhaltender Uebungen demnächst Verhandlungen eingeleitet werden. Davon, daß Baiern eine Einwendung gegen die Ratificationsclausel erhoben habe und diese Einwendung zurückgewiesen worden sei, ist hier nichts bekannt.

München, 9. Dec. [Auf der Militär-Conferenz] haben die sämmtlichen Vertreter der süddeutschen Staaten Namens derselben den festen Entschluß kundgegeben, bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich einmüthig mit Preußen zusammen zu stehen.

Stuttgart, 9. Decbr. [Das Abgeordnetenhaus] beschloß heute, daß das Mandat der gegenwärtigen Abgeordnetenkammer bis zum 20. Februar 1868 sich erstrecken solle. Sodann wurde in die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Gerichtsorganisation, eingetreten, dessen Annahme gesichert erscheint.

Oesterreich.

Wien, 9. December. [Eine unwahrscheinliche Nachricht.] Die „Morgenpost" enthält die Mittheilung, daß der hiesige französische Botschafter, Herzog v. Grammont, ein Schreiben erhalten habe, wonach der Kaiser Napoleon mit dem kaiserlichen Prinzen noch vor Weihnachten den Papst besuchen werde. Der hiesige Hof werde während der Anwesenheit des Kaisers der Franzosen in Rom durch den Erzherzog Albrecht vertreten sein.

φ **Aus Nordösterreich**, 6. December. [Serbische Rüstungen und Militärverhältnisse.] Die Rüstungen Serbiens und ihre Absicht haben in jüngster Zeit in so hohem Grade die Aufmerksamkeit der politischen Welt erregt, daß eine kurze Betrachtung der militärischen Kräfte des Landes gewiß nicht ohne Interesse sein dürfte. Serbien, ein Land, welches in der kurzen Zeit seiner Befreiung große Fortschritte gemacht, und in dem sich neben der nationalen Auffassung eine gesunde selbstständige Politik entwickelt hat, wird gewöhnlich, als der weit vorgeschobene, einerseits die Donau und andererseits die Pässe nach Rumelien beherrschende Vorposten für die russischen Feldherrn und Staatsmänner von unschätzbarem Werthe geschildert. Man braucht nicht in Serbien gelebt zu haben, um zu wissen, wie weit es als Vorposten fremder Armeen gelten könne. Es wird für diese nur ein Vorposten sein, wenn es eine freundliche und seine nationalen, politischen und materiellen Interessen unterstützende Heeresmacht im Bunde hat. Insofern würde Rußlands Heer als Hilfstruppen, aber nur als solche willkommen sein. Nie wird sich aber Serbien als Mittel zu fremden Zwecken gebrauchen lassen. Das Bewußtsein des Volkes ließe das nicht zu. Die Serben sind keine gemietheten Söldlinge, sondern begeisterte Freiheitskämpfer, beseelt und durchdrungen vom reinsten Gefühle für ihr geliebtes Vaterland. Und nicht nur im engern serbischen Vaterlande, im Fürstenthume, sondern in allen von Serbien bewohnten Ländern wird sich der Ruf nach Freiheit und gegenseitiger Unterstützung wie ein electrischer Strom verbreiten. — Das serbische Heer, der Stolz seines Schöpfers, des nun regierenden Fürsten, zählt nach der Eintheilung vom 1. Juni 1865 in fünf Armee-Corps a 25,000 Mann in 18 Brigaden 125,000 wohlgeübter und gutbewaffneter Truppen. Einige militärische Statistiker sind daher im großen Irrthume, wenn sie nach den gewöhnlichen Normen, der stehenden Heere, die Macht Serbiens nur auf 25 bis 30,000 Mann schätzen. In Serbien ist nämlich die Organisation des Volksheeres eingeführt, weshalb nach dem Muster der Schweiz die über eine Million zählenden Einwohner ohne große Schwierigkeit 125,000 Mann ins Feld stellen können. Sehen wir nun, wie es dagegen mit den türkischen Streitkräften sich verhält. Nach den Berichten des türkischen Kriegsministeriums betrug die Streitmacht des osmanischen Staates im letzten Kriege gegen Rußland im ganzen 217,000 Mann. Diese Truppenzahl war nur mühsam zusammengebracht. Freilich ist jetzt der Sollstand der kaiserlichen Armee auf dem Papier fast 400,000 Mann; der traurige Effektivstand zeigt aber blos 183,000 Mann. Der Sollstand begriffe in sich sowohl die asiatischen Provinzen, als die Hilfs-Contingente von Egypten, Tunis und Tripolis. Nun können die Besitzungen in Asien und Afrika nicht von allen Truppen entblößt werden, und bedenkt man, daß der höchste Stand des türkischen Heeres nach officiellen Berichten niemals über 280,000 Mann ging, so können im besten Falle höchstens 200,000 nach Europa detachirt werden. Dieses Militär, schlecht gekleidet und genährt, elend disciplinirt und bewaffnet, wäre nicht im Stande, einer gemeinsamen Empörung der türkisch-europäischen Besitzungen zu begegnen, noch weniger zugleich in einen Krieg mit Griechenland, Serbien, den Donaufürstenthümern und Montenegro sich einzulassen. Man braucht nur dieses zusammengelaufene Gelichter von Officieren und Mannschaften der türkischen Armee gesehen zu haben, um auf ihre Manöverfähigkeit zu schließen. Um Serbien, das factisch selbstständig dasteht, gruppirt sich eine große Ländermasse, bewohnt von südslavischen Stämmen. Diese alle blicken — von der Türkei gedrückt — auf Serbien, wie auf ihren Erlöser, und es ist fast mit Gewißheit anzunehmen, daß jene mit Serbien stamm- und religionsverwandten Völkerschaften bei einem Kriege gegen die Türkei gleichfalls thätig mitwirken — und für die serbische Armee ein nicht zu verachtendes Hilfs-Contingent bilden würde.

Großbritannien.

E. C. **London**, 5. December. [Katholiken-Versammlung.] Eilftausend Unterschriften bedeckten das Einladungsschreiben, welches die Katholiken der beiden hauptstädtischen Diöcesen Westminster und Southwark auf gestern Abend zur St. James-Halle berief, um ihre Sympathien für den Papst oder richtiger für die weltliche Herrschaft des Papstthums kund zu geben. Der große Saal war bis in die äußerste Ecke gefüllt.

Den Vorsitz führte Dr. Manning, Erzbischof von Westminster; ihm zur Rechten und zur Linken erblickte man die Führer der katholischen Geistlichkeit und Laienschaft, darunter den Earl von Denbigh, Lord Arundel of Wardour, Sir C. Clifford, die Parlaments-Mitglieder Sir G. Bowyer, Maguire, M'Kenna, Rearden. Dr. Manning führte in seiner Eröffnungs-Ansprache aus, daß es die Pflicht der sechs Millionen Katholiken in Großbritannien sei, ihre Entrüstung über die neulichen Ereignisse in Italien an den Tag zu legen. Die Versammlung leugne, daß Rom die Hauptstadt Italiens, und behaupte, daß Rom die Hauptstadt der Christenheit (d. h. der katholischen) sei; sie leugne, daß die italienische Nationalität sich das Erbe der Kirche aneignen dürfe und behaupte, daß das Patrimonium Petri heilig und unverletzlich sei u. s. w. Der König von Preußen wurde von Dr. Manning gelobt, weil er „einer Lösung der römischen Frage im Einklange mit den berechtigten Wünschen seiner katholischen Unterthanen" entgegensehe, was auf den bekannten Passus der Thronrede hindeutet. Die päpstliche Regierung beschrieb der Redner als eine untadelhafte und gerechte. „Es ist die Pflicht der christlichen Staaten, das Gebiet der Kirche so zu behandeln, wie Belgien behandelt worden ist, seine Neutralität zu garantiren und es unter den Schutz der Christenheit zu stellen." Dies war der Cardinalpunkt der erzbischöflichen Ansprache, welchen Dr. Grant, der Bischof von Southwark, noch des Weiteren ausführte. — Earl von Denbigh sagte unter Anderem: Als Engländer schäme er sich der Weise, wie die englische Thronrede von den italienischen Ereignissen sprach; als Freiwilliger protestire er dagegen, daß man die Garibaldiner als Freiwillige bezeichne; man könne eben so gut Diebe und Einbrecher Freiwillige nennen. Später erzählte er allerlei Geschichten von dem Edelmuthe der päpstlichen Zuaven, „die so schändlich verleumdet worden seien, obgleich ihrer viele den nobelsten Familien Frankreichs und Europas angehörten". Die Conferenz verspottete der Earl als eine politische Gaukelei; sie würde nur zusammenkommen, um zu berathen, ob ein ehrlicher Mann geplündert werden solle. Zum Schlusse erklärt Denbigh, er wolle von einem solchen Dinge, wie Nationalität, nichts wissen; er sei nichts als ein Katholik — ein Engländer, wenn man wolle, — aber ein Katholik zuerst."

Es folgten noch mehrere Reden in demselben Sinne, und zugleich wurde eine Reihe von Resolutionen, sowie eine Adresse an den Papst angenommen.

[Die Droschkenstrike] ist zu Ende. Die Antwort des Ministers des Innern hat die Rosselenker besänftigt, und diese haben Zügel und Peitsche wieder in die Hand genommen. Die Straßen bieten jetzt ihren gewöhnlichen Anblick dar.

Amerika.

Newyork, 23. November. [Der Congreß] hat sich unmittelbar nach seinem Zusammentreten auf einige Tage vertagt, worauf dann der Bericht über die Präsidentenanklage zunächst vorgelegt werden soll. Im Senate ist eine Resolution zur Abzahlung der Nationalschuld in Gold eingebracht und auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden. Außer diesem Beschluß sieht man auch einer Abschaffung der Baumwollsteuer in der kommenden Session entgegen. Unter den mannigfachen Gerüchten, die gegenwärtig coursiren, heißt es auch, General Sherman habe von Grant mit Zustimmung des Präsidenten Befehl erhalten, nach Washington zu kommen und provisorisch, während Grant's Verwaltung des Kriegs-Portefeuilles, das General-Commando zu übernehmen.

[Jeff. Davis] ist in Richmond eingetroffen; alle Demonstrationen sind unterblieben.

[Aus Mexico] meldet man, wie schon telegraphisch signalisirt wurde, Kürzung der Haft für die meisten der kaiserlichen Anhänger. Die Ausländer und höheren Beamten sollen verbannt werden. Die Beisitzer des Kriegsgerichts gegen Santa Anna wurden wegen ungehöriger Milde zu vierjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt. Ortega sitzt noch in Monterey gefangen. Der mexicanische Schatz ist erschöpft.

Provinzial-Zeitung.

— s. **Breslau**, 8. December. [Wissenschaftliche Vorträge.] Im akademischen Musiksaale hielt heute vor einer sehr zahlreichen Versammlung Herr Dr. med. Heller einen allgemein ansprechenden Vortrag „über die Kunst zu leben." Der Redner, der, wie wir mit besonderer Anerkennung hervorheben, ganz frei sprach, wies vor Allem einen Einwand, der gegen sein Vorhaben gemacht werden könnte, zurück, indem er die Behauptung, daß man ja nur der Natur folgen dürfe, um aller Kunst bei der Führung des Lebens überhoben zu sein, in ihrer Nichtigkeit aufdeckte. Sodann auf die mancherlei Definitionen vom „Leben" eingehend, glaubte er keine von den noch gang und gäbe gebliebenen als völlig erschöpfend bezeichnen zu dürfen. Das Leben sei weder, wie Viele behaupten, ein Traum, noch, wie Andere sagen, ein Spiel; — eher sei es noch als ein Kampf zu bezeichnen. In der That nämlich gelte es, sich wider die mancherlei feindlichen Mächte, welche das Leben von allen Seiten bedrohen, mit aller Kunst sicher zu stellen, und es sei ohne Zweifel die Aufgabe der Medicin, als der Anwendung der Naturwissenschaft für diese Zwecke, nicht allein für die längere Erhaltung des Lebens, sondern auch für die Erleichterung desselben in solcher Art Sorge zu tragen, daß uns das Leben so viel wie nur möglich zum wahren Genuß werde. Die Hoffnung, daß sie im Fortschritte der Zeit diese Aufgabe mehr und mehr wirklich erfülle, sei sicher, wenn freilich auch zuzugeben sei, daß, je mehr sich das Leben in immer complicirteren Verhältnissen bewege, desto größer auch die Zahl der es bedrohenden Uebel erscheine. Je mehr es gelingt, die Gesetze der Natur zu erkennen, desto mehr wächst dem Menschen gewiß auch die Kraft, allen Störungen des Lebens in richtiger Art zu begegnen. Ein schlagender Beweis dafür ist die Verminderung der Sterblichkeit in denjenigen Kreisen, welche zugleich mit der richtigen Einsicht auch die erforderlichen äußeren Mittel besitzen, um mit Erfolg allen schädlichen Einflüssen der Zeit, der Umgebung, überhaupt der Verhältnisse, bald und entschieden entgegenzutreten. Denn daß auch die äußeren Mittel sehr wesentlich dazu gehören, kann freilich nicht geleugnet werden; der Satz des Horaz, daß der Tod Reiche und Arme in gleicher Weise heimsuche, ist geradezu unwahr. Die Statistik widerlegt ihn durchgehends, und die Erfahrungen, welche erst in den letzten beiden Jahren bei der Cholera-Epidemie hier in Breslau gemacht wurden, lassen namentlich gar nicht bezweifeln, daß, wenn auch der Ansteckungsstoff, den der geehrte Herr Vortragende im Gegensatze gegen Pettenkofer und Andere zunächst allein in der Luft liegend fand, für Alle gleichmäßig in der Letzteren vertheilt sei, denn doch sich ein mächtiger Unterschied zwischen den besser und den schlechter situirten Bevölkerungsklassen auch hierbei bezeuge. Was die verderblichen Einflüsse auf das Leben der mit Künsten und Gewerben beschäftigten Klassen betrifft, auf deren ausführlichere Schilderung der Redner zugleich mit der Darlegung der wirksamsten Mittel zu ihrer Bekämpfung nun einging, so lassen sich dieselben in chemische und mechanische theilen. Ein Vorurtheil ist es jedoch, wenn man immer noch glaubt, daß die sogenannten gelehrten Stände mit einer geringeren Zahl von Gefahren zu kämpfen haben, da diese im Gegentheil es sind, welche bei vorwiegender fortwährender Anstrengung des Gehirns einer Menge von Krankheiten ausgesetzt sind, welche sich keineswegs so leicht, wie man immer noch meint, beseitigen lassen. Indeß kann auch hierbei die Kunst, wie der Redner mit überaus treffenden Beispielen nachwies, sehr viel thun, vorausgesetzt, daß man die treue Befolgung der Regeln, welche die richtige Einsicht in die Gesetze des Lebens zur Erhaltung und Befestigung der Gesundheit und der Lebenskraft überhaupt aufstellt, noch eine Kunst nennt. Uebe also diese Kunst, indem du dein eigenes Leben mit rechter Vernunft stets nach Möglichkeit regelst und du wirst, wie auch die äußeren Verhältnisse sein mögen, in denen du lebst, den Gewinn davon haben, daß du dein Leben verlängerst oder doch wenigstens den, daß du vom Leben den rechten Genuß hast. — Dies eine flüchtige und wie wir bedauernd hinzufügen, freilich nur trockene Skizze des ebenso interessanten als jedenfalls wirksamen Vortrags, — eines Vortrags, der ebenso tief in das Leben griff, als er frisch aus dem Leben geschöpft war.

---

s [Volkswirthschaftliches.] Eines der hiesigen Blätter enthielt dieser Tage zur Beurtheilung der Leistungen der Breslauer Waschanstalt Zahlen von höchstem Interesse für Freunde der Volkswirthschaft und der Statistik. Daß die städtische Verwaltung in dieser Weise die Ergebnisse eines Zweiges ihrer umfangreichen Thätigkeit veröffentlicht, dafür muß jedes Gemeinde-Mitglied ihr Dank wissen, vor Allen aber die Stadtverordneten-Versammlung, deren Sitzungen mit der Kundgabe eines Bruchtheils dieser Zahlen eröffnet werden, die scheinbar nutzlos, weil unverstanden, verhallen. — 1860 wurden in der städtischen Anstalt gewaschen 173,708 Stück, Erlös 2911 Thlr. 3 Sgr. 7 Pf.; 1866 384,975 Stück, Erlös 6409 Thlr. 15 Sgr. — Diese Zahlen, die Steigerung, sind der vollgültigste Beweis, daß die Leitung des Arbeitshauses Männern anvertraut ist, denen die Lösung der Arbeiterfrage am Herzen liegt. — Das jetzt ausgegebene 2. Heft Jahrgang V. des Arbeiterfreundes, Halle, Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses, ist ihnen sicher nicht fremd, sie verwirklichen mit jener Anstalt, was Geh. Rath Dr. Engel dort aus England noch als nachahmenswerth bezeichnet. Da die Inquilinen des städtischen Arbeitshauses jedenfalls am Gewinn betheiligt sind, also Freude an ihrer Arbeit wie am Prosperiren des ganzen Werkes haben, so werden sie auch empfinden lernen, daß die Gemeinde-Verwaltung sie solchergestalt zu nützlichen Gliedern erzieht, daß nachgeholt wird, was früher an ihnen versäumt worden. — Möge die städtische Wasch-Anstalt und ihre Geschäftsführung auch anderen Fabrik-Etablissements und gemeinnützigen Anstalten, wie für Straßen-Reinigung, Beleuchtung 2c. zum Muster dienen, dann erst werden die Ansprüche an die Armen-Pflege oder Verwaltung sich mindern, der Wohlstand Aller sich bessern, die sogenannte Arbeiterfrage ihre Lösung finden.

ö **Breslau**, 9. Dec. [Handwerker-Verein.] Am letztverflossenen Sonnabend war wieder ein geselliger Abend veranstaltet, der, obwohl ohne Tanz, sich doch eines zahlreichen Besuches erfreute. Das Programm zerfiel in 3 Theile, wovon die ersten beiden ernste und heitere Declamationen und Gesangsstücke brachten, in denen die Darstellenden zum großen Theil sich einen so lebhaften Beifall erwarben, daß sie stürmischen Ruf nach Wiederholung erweckten. Den Schluß bildete „Herrmann und Dorothea", ein Liederspiel von Kalisch und Weihrauch, das mit dem Götheschen Gedicht allerdings nur den Namen gemeinsam hat, aber immer wieder von der Mehrzahl gern gesehen wird, namentlich der Lehrjunge „August". der mit seiner allerdings etwas sehr derben Komik die „rächende Nemesis" an dem klatschhaften Hauswirth vertritt. Alle Darsteller wurden auch hier stürmisch gerufen.

Breslau, 10. Dec. Angekommen: Ihre Durchlaucht Frau Herzogin von Acerenza-Pignatelli aus Ottendorf; Se. Durchlaucht Heinrich LXXIV., Fürst zu Reuß, Graf und Herr zu Plauen, aus Jänkendorf; Se. Durchlaucht Hans Heinrich XI., Fürst zu Pleß, Graf zu Hochberg-Fürstenstein, aus Pleß; Ihre Duchlaucht Frau Fürstin zu Reuß aus Jänkendorf; Se. Exc. Graf zu Stolberg-Wernigerode, königl. Wirkl. Geh. Rath, Präsident des Herrenhauses und zweiter Ober-Jägermeister, aus Kreppelhof. Se. Excellenz Graf von Maltzan, freier Standesherr und Ober-Erb-Kämmerer von Schlesien, aus Militsch; Se. Excellenz Graf zu Stolberg-Wernigerode, General-Lieutenant und Divisions-Commandeur, aus Neisse; v. Busse, Oberstlieut. und Regiments-Commandeur, aus Gr.-Strehlitz.

[Bettelei.] In der Zeit vom 2. bis 8. d. M. sind hierorts 25 Personen durch Polizei-Beamte wegen Betteln aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Fremdenbl.)

† **Glogau**, 7. December. [Liegnitz-Glogau-Grünberger Eisenbahn.] Auf der am 13. d. Mts. stattfindenden Kreistagsversammlung wird hauptsächlich die Angelegenheit, betreffend den Bau der Liegnitz-Glogau-Grünberger Eisenbahn Gegenstand der Debatte sein. Die von dem Herrn Landrath von Jagwitz ausgearbeitete Vorlage behandelt den Gegenstand gründlich und völlig objectiv. Nach dieser Vorlage hat die Direction der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn die Strecke Lüben-Polkwitz-Gramschütz vermessen lassen, wodurch festgestellt wurde, daß sie 992 Ruthen (eine halbe Meile) länger als die Raudtener Linie ist. Diese größere Länge erfordert 45,000 Thaler an Mehrkosten des Oberbaues und außerdem gehen die Offerten des Steinauer Kreises verloren, da dieser Kreis von der Bahn nicht mehr berührt wird. Diese Offerten sind ziemlich ansehnlich, sie bestehen in unentgeltlicher Hergabe von 96 Morgen Land für den Bahnkörper, unentgeltlicher Hergabe des Terrains für Wirthschaftswege und Ueberfahrten, aller Materialien an Kies, Sand und Steinen u. s. w. Die größere Rentabilität der Polkwitzer Linie ist nicht festgestellt, es stehen sich in Bezug auf diese die Angaben des Magistrats zu Polkwitz und des Landraths-Amts zu Steinau gegenüber und halten sich so ziemlich die Waage. Der Antrag der Eisenbahn-Direction lautet: a) bei der Raudtner Linie auf unentgeltliche Ueberlassung des Terrains zu den Bahnhöfen und Uebereignung des Terrains zum Preise von 200 Thaler pro Morgen, b) bei der Polkwitzer Linie auf unentgeltliche Ueberlassung des Terrains überhaupt. Diesen beiden Anträgen ist jedoch der Nachsatz zugefügt: „oder welche dem Terrainwerthe entsprechende Summe wird der Gesellschaft zum eigenen Erwerbe des Terrains bewilligt" und außerdem hat die Eisenbahn-Direktion die Zusicherung gegeben, daß, wenn ein im Verhältniß zu den Mehrausgaben stehendes Entgegenkommen gezeigt wird, trotz der vielen entgegenstehenden Gründen, sie sich nicht gegen die Polkwitzer Linie erklären wolle. Um nun die Polkwitzer Linie zu ermöglichen, haben die Vertreter der Stadt Polkwitz die Verpflichtung übernommen, das Bauland zum Bahnhofe und Bahnkörper, so weit die Linie das der Stadt gehörige Forstland durchschneidet, auf die Länge von etwa ⅜ Meilen unentgeltlich herzugeben. Die Rittergutsbesitzer v. Meyer auf Nieder-Polkwitz, Paschke auf Ober-Zauche, Bode auf Arnsdorf, v. Eckartsberg auf Bansau haben das zu dem Bau der Bahn erforderliche Land, so weit es ihr Terrain berührt, zu dem Maximal-Preise von 100 Thaler pro Morgen offerirt und eine weitere Ermäßigung des Preises in Aussicht gestellt. Auch der Rittergutsbesitzer Neumann auf Kummernick hat eine ähnliche günstige Offerte gemacht. Nach der Ansicht des Herrn Landraths v. Jagwitz kann von einer unentgeltlichen Hergabe des Terrains zu der Liegnitz-Lüben-Polkwitz-Glogauer Bahn, welche einen Werth von 97,022 Thaler repräsentiren würde, ebenso wenig die Rede sein, als von einer unentgeltlichen Ueberlassung des Terrains zu den Bahnhöfen und Uebereignung des übrigen Terrains zum Preise von 200 Thaler für die Liegnitz-Raudtener Linie. Wenn die Kreis-Versammlung an ihrem Votum vom 9. August cr. festhält, einen Zuschuß zu der letzteren Linie überhaupt nicht zu gewähren, — so ist wohl anzunehmen, daß der Kreistag für die Lüben-Polkwitz-Gramschützer Linie, da diese den Wünschen des Kreises im Allgemeinen entspricht, die Interessen des Polkwitzer Abschnittes fördert, ohne die des schwarzen Winkels aufzugeben, eine den Verhältnissen entsprechende Summe der Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft zum eigenen Erwerbe des Terrains zu bewilligen geneigt sein wird. Die Eisenbahn-Direction hat die Mehrkosten des Oberbaues der nur eine halbe Meile längeren Linie auf 45,000 Thaler veranschlagt, es scheint daher diese Summe der Minimal-Betrag, welcher der Gesellschaft anzubieten ist, um den Wunsch des Kreises, die Linie Polkwitz-Gramschütz möge gewählt werden, zur Ausführung gebracht zu sehen. Da baares Geld der Kreis nicht besitzt, auch größere Jahreszahlungen, als 5procentige Zinsen und 1½procentige Amortisations-Rate vom Kreise zu erfordern nicht möglich ist, so müssen an Zahlungsstatt 5procentige Kreis-Obligationen offerirt werden. Der landräthliche Antrag geht dahin, der Kreistag wolle beschließen (unter Aufrechthaltung des Votums vom 9. August cr., in Betreff der Lüben-Raudtener Linie): der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft ein Kapital von 45,000 Thaler 5procentige Glogauer Kreis-Obligationen zu bewilligen zum Erwerbe des im Glogauer Kreise zum Bau des Bahnkörpers, wie zur Anlage von Bahnhöfen nöthigen Terrains für den Fall, daß von der genannten Gesellschaft die Linie Liegnitz-Lüben-Polkwitz-Gramschütz-Glogau gebaut wird." Wenn jedoch der Kreistag dagegen eine Subvention der Lüben-Raudtener Linie nochmals in Erwägung ziehen will, so würde der Satz (unter Aufrechthaltung des Votums vom 9. August cr. in Betreff der Lüben-Raudtener Linie) fortfallen und abzustimmen sein, „welche dem Terrainwerthe entsprechende Summe die Kreistags-Versammlung der Breslau-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft zum Erwerb des Terrains der Lüben-Raudtener Linie zu bewilligen geneigt ist."

Telegraphische Witterungsberichte vom 9. December.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	337,0	−8,2	O., schwach.	Heiter.
7	Königsberg	337,6	−10,2	W., s. schw.	Trübe.
6	Stettin	338,9	−4,2	NNW., schw.	Heiter.
—	Ratibor	328,9	−8,5	N., mäßig.	Bedeckt.
—	Münster	337,6	−10,2	N., schwach.	Heiter.*)
—	Trier	332,2	−3,6	NO., stark.	Bedeckt.
—	Flensburg	340,0	−5,5	Windstille.	Ziemlich heiter.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	337,1	−16,8	NO., schwach.	Heiter.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	337,4	−8,5	WSW., schw.	Klar.**)
—	Skudesnäs	339,3	0,9	S., frisch.	Schnee.

*) Nachts helle, Sternschnuppen.
**) Gestern Abend Wind WNW. schwach. Maxim. −7,4. Minim. −11,2.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 9. Decbr. 10 U. Ab.	334,08	−9,6	W. 1.	Trübe.
10. Decbr. 6 U. Mrg.	332,37	−9,6	S. 1.	Trübe.

Breslau, 10. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 5 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Paris, 9. December, Abends. Legislative. Interpellation über Deutschland: Nachdem Garnier-Pagès und Ollivier für die italienische und deutsche Einheit, Thiers dagegen sich ausgesprochen, definirt Rouher die Regierungspolitik, welche die vollendeten Thatsachen in Italien und Deutschland anerkenne, und keineswegs die von Frankreich hergestellte Einheit Italiens vernichten wolle, aber entschlossen sei, die Autonomie des Kirchenstaats zu erhalten. Bezüglich Deutschlands befolgte Frankreich die Politik der Besänftigung und Beruhigung, und acceptirt die vollendeten Thatsachen, so lange sein Interesse und seine Würde nicht engagirt seien.

Paris, 9. Decbr. Der heutige „Moniteur" theilt die Erklärung, welche der italienische Conseilspräsident im Senate anläßlich der Interpellation Torrearsa's abgab, in folgender Fassung mit: Graf Menabrea erklärte, er halte es für durchaus nothwendig, bei dem Versuche, eine Lösung der römischen Frage ausfindig zu machen, mit ebenso großer Rückhaltung als Mäßigung zu Werke zu gehen. Die Regierung, welche ihre Absichten und den Weg, den sie für ihr Verhalten einzuschlagen gedenke, wiederholt und klar auseinandergesetzt habe, fordere von den Kammern, daß dieselben die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch ungelegene Discussionen nicht noch mehr verwickeln. Auf den Antrag Torrearsa's nahm der Senat Akt von dieser Erklärung und beschloß einstimmig Tagesordnung. Auf eine Interpellation in der Deputirtenkammer über die römische Frage erwiederte Menabrea, er sei nicht in der Lage, die Angelegenheit sofort zur Verhandlung zu bringen. Die Interpellation wurde in Folge dessen auf Montag vertagt.

Paris, 9. December. Die Mittheilung der „France", daß anläßlich der Erklärungen Rouher's in dem Ministerium Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, gewinnt an Consistenz und hätten die formellen, verpflichtenden Erklärungen Rouher's die Veranlassung hierzu gegeben. Nach denselben wird die Conferenz in diplomatischen Kreisen für überflüssig, ja für unmöglich erachtet.

Brüssel, 9. December. Dechamps, Bischof von Namur, wird als Nachfolger des verstorbenen Cardinal-Erzbischofs von Mecheln bezeichnet.

Preußen und England rathen Italien, von Frankreich die Rückkehr zur September-Convention zu verlangen.

Bern, 9. December. Der Nationalrath verhandelte in heutiger Sitzung die Interpellation betreffend die von dem Bundesrathe einseitig angenommene Einladung Frankreichs zur Conferenz. Der Präsident des Bundesrathes, Dubs, gab Erklärungen ab, welche die Versammlung für zufriedenstellend erachtete. Es wurde demnach über die Interpellation Tagesordnung beschlossen. Der Ständerath ertheilte dem zwischen den Uferstaaten des Bodensees bezüglich der internationalen Schifffahrts- und Hafenordnung abgeschlossenen Vertrage seine Genehmigung,

London, 9. Decbr. „Times" glaubt, daß in St. Thomas nur ein Erdbeben und zwar am 23. v. M. stattgefunden hat, und weist darauf hin, daß das Erdbeben, von welchem in einem Telegramm an die ostindische Dampfer-Gesellschaft die Rede ist, mit jenem vom 23. Novbr. identisch ist. Zur Unterstützung ihrer Ansicht führt „Times" an, daß in dem gedachten Telegramm an die Dampfer-Gesellschaft das Datum, an welchem das Erdbeben stattgefunden hat, nicht angegeben ist. — Frostwetter.

Dublin, 9. Decbr. Gestern fand hier zum Gedächtniß der hingerichteten Fenier eine großartige Trauerprocession statt. Die dabei gehaltene Gedächtnißrede richtete sich in heftiger Weise gegen England. Die öffentliche Ruhe blieb ungestört.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 9. December, Nachmittags 3 Uhr. Unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 10. Italienische 5proc. Rente 45, 20. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 510, 00. Credit-Mobil.-Actien 163, 75. Lomb. Eisenbahn-Actien 353, 75. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 331, 25. 6% Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) —.

London, 9. Decbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35⅜. Italienische 5proc. Rente 45. Lombarden 14. Mexicaner 15⅜. 5% Russen 86. Neue Russen 84⅞. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 33½. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 70 9/16.

Frankfurt a. M., 9. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 97⅛. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 60¼. Oesterreichische National-Anleihe 53⅝. 5% Metalliques 46¼. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 48⅛. 4½% Metalliques 41. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75⅞. Oesterreich. Bank-Antheile 658. Oesterr. Credit-Actien 178½. Darmstädter Bank-Actien 201½. Rhein-Nahebahn —. Meininger Credit-Actien 92½. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 237½. Oesterreichische Elisabethbahn 114¾. Böhmische Westbahn — —. Ludwigshafen-Bexbach 153⅞. Hessische Ludwigsbahn 127. Darmstädter Zettelbank 245½. Kurhessische Loose 53. Baierische Prämien-Anleihe 98⅞. Neue Badische Prämien-Anleihe 95⅞. Badische Loose 50⅞. 1854er Loose 63¼. 1860er Loose 69⅞. 1864er Loose 74. Neue Spanier —. Ziemlich fest, aber still. Nach Schluß der Börse Creditactien 177¾. Staatsbahn 237⅝.

Frankfurt a. M., 9. December, Abends. [Effecten-Societät.] Fest. Amerikaner 75⅝. Credit-Actien 178½. Steuerfreie Anleihe 48 11/16. 1860er Loose 69⅝. Staatsbahn 237½.

Wien, 9. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 184, 00. Nordbahn 170, 50. 1860er Loose 83, 00. 1864er Loose 76, 00. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 243, 50. Galizier 206, 50. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 71½. Lombarden —, —. Ungar. Credit-Actien —, —. Anfangs belebt, Schluß matter.

Hamburg, 9. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84½. National-Anleihe 54½. Oesterreich. Credit-Actien 75. Oesterreich. 1860er Loose 68⅝. Staatsbahn 500. Lombarden 350. Italienische Rente 43½. Vereinsbank 110⅝. Norddeutsche Bank 118¾. Rheinische Bahn 118. Nordbahn 95¾. Altona-Kiel —. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 96⅞. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 90⅞. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅞. Disconto 3%.

Hamburg, 9. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig. Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 167 Bankothaler Br., 166½ Gld., per Decbr.-Jan. 166½ Br., 166 Gld., pr. Frühjahr 171½ Br., 171 Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 136 Br. u. Gld., pr. Decbr.-Jan. 135 Br. und Gd., pr. Frühjahr 133 Br., 132½ Gd. Hafer stille. Rüböl stille, loco 22¼, pr. Mai 23¼. Spiritus unverändert. Kaffee unverändert. Zink unverändert. — Frostwetter.

Liverpool, 9. December, Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Fester Markt. New-Orleans 8. Georgia 7¾. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 5⅞. Good middling Dhollerah 5⅝. Bengal 4⅞. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Oomra 6⅜. Fair Oomra —. Good fair Oomra 6¾. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6¾. Schwimmende Orleans —.

New-York, 8. Decbr., Abends. [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] Wochenanfuhr in allen Unionshäfen 81,000 B. Wochenausfuhr nach Großbritannien 38,000 B. Wochenausfuhr nach dem Continent 9000 B. Totalanfuhr in allen Häfen seit dem 1. September 1867 263,000 B. Total-Ausfuhr nach Großbritannien seit dem 1. September 1867 —. Totalausfuhr nach dem Continent seit dem 1. September 1867 —. Vorrath in allen Unionshäfen —. Preis von Middling in New-Orleans 16 C. Preis von Middling in Mobile 15 C. Preis von Middling Upland in New-York 17 C.

Antwerpen, 9. Decbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffin. Type weiß, loco 46—47 bez., 47 gefordert, pr. December 45½—46 bez., 47 gefordert, pr. Januar 47 gefordert.

Paris, 9. Decbr., Nachmitt. Rüböl pr. December 93, 50, pr. Januar-April 93, 50, pr. Mai-August 93, 50. Mehl pr. December 92, 75, pr. Januar-April 91, 00. Spiritus pr. December 64, 00.

London, 9. December, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 56,707, Gerste 12,380, Hafer 28,902 Quarters. Weizen, englischer, nur feine Qualität zu Montagspreisen verkauft, fremder ruhig. Gerste 1 Sh. höher. Hafer Six Pence höher. — Wetter: Frost.

London, 9. Decbr., Nachmittags. [Viehmarkt.] Zu Markte kamen 4590 Stück Hornvieh. Das Geschäft war schleppend; englische Zufuhren groß, fremde unbedeutend. Von Schafen waren 24,640 Stück am Markte. Die englische Zufuhr war bedeutend, der Absatz sehr gering. Die Preise waren pr. 8 Pfd. für Hornvieh 4 Sh. bis 4 Sh. 6 D., für Schafe 3 Sh. 10 D. bis 4 Sh. 4 D., für Schweine 3—4 Sh.

Amsterdam, 9. December, Nachm. 4 Uhr 28 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loco matt, pr. März 310, pr. Mai 309. Raps pr. April 72, pr. October 72. Rüböl pr. Mai 37¾, pr. November-December 1868 38½.

Berlin, 9. Decbr. Die im Allgemeinen feste Stimmung machte sich auf allen Gebieten des Verkehrs geltend, trat aber, was die Kritik des heutigen Geschäfts anbelangt, weitaus in den Hintergrund gegenüber dem Interesse, das in etwas lauter Weise für Rhein-Nahebahn geweckt wurde. Nachdem bereits am Sonnabend gegen Schluß der Börse eine Hausse für die genannte Actie in Scene zu setzen, versucht worden (durch einen Druckfehler hieß es im Bericht Nordbahn statt Nahebahn), hatte heute eine Depesche aus Köln es übernommen, der angestrebten Fusion der Rhein. mit der Nahebahn das Gewand größerer Wahrscheinlichkeit dadurch zu verleihen, daß von einer gestern abgehaltenen Versammlung der Haupt-Actionäre der Rheinischen Bahn u[…] deren Beschlüssen und Anträgen zu Gunsten der Verschmelzung eine viel[…] sprechende Nachricht eintraf. Man handelte hier große Summen und le[…] abermals bis nahezu 1 Procent mehr dafür an, doch fehlten auch nicht [d…] Bewegung widerstrebende Elemente aus soliden Kreisen der Börse. Die ausländischen Bahnactien gingen nächst Naheactien am regsten um, ohne den Coursstand wesentlich zu ändern, dabei fanden Lombarden größere Beachtung als Franzosen, auf welche die Annahme drückte, daß die Herstellung eines zweiten Geleises aus den Betriebsfonds der Dividende wesentlich Abbruch thun müsse. Oesterr. Credit nahm man willig zu letzter besserer Notiz. Amerikaner waren, besonders anfänglich belebt und etwas anziehend, bis die New-Yorker Depeschen, wonach zunächst von einer Verminderung des Papier-Geldes Abstand genommen werden soll, einige Bedenken hervorriefen; Italiener hielten sich auf höchstem letzten Stande. Rum. Anleihe 62¾ bez. Oesterr. Fonds bedangen ab und zu ein wenig mehr; dasselbe gilt von den russischen, von welchen man Prämien-Anleihe höher bezahlte; deutsche Präm.-Anl. erzielten Sonnabend-Preise. Rechte Oderufer Stamm-Prioritäten und Märk.-Posener, sowie einzelne der gangbaren Prioritäten wurden mehrfach willig aus dem Markt genommen, dagegen stellten sich Eisenbahn-Stammactien vielfach wohl höher, doch war das Geschäft in keiner Actie belangreich, Coseler mit einer Mehr-Einnahme von 26,000 Thlr. im November, behandelte man zu besserem Preise und bot für Dividendescheine pro 1867 3½ Thlr.; Potsdamer und Oberschlesische zogen stärker an, Görlitzer wichen. Von Banken mehrere höher, so Disconto-Commandit und Berliner Handel. Preußische Staatspapiere blieben still. einige Anlehen höher, andere nachgebend. — Prämie für Amerikaner p. ult. December 77—¾, p. ult. Januar 1868 77¼—.
(B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 9. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 G.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅛ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	96⅞ bz.
dito 1859	4½	96⅞ bz.
dito 1856	4½	96⅞ bz.
dito 1864	4½	96⅞ bz.
dito 1867	4½	96⅞ bz.
dito 1850/52	4	90½ bz.
dito 1853	4	90½ bz.
dito 1862	4	90½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97¼ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76 B.
Pommersche	3½	75⅝ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85¼ bz.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90⅝ bz.
Pommersche	4	90⅝ bz.
Posensche	4	89¾ bz.
Preussische	4	89¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92½ bz. u. B
Sächsische	4	91½ B.
Schlesische	4	91 bz.
Louisd'or 112¼ G.		Oest. Bk. 83⅞ bz.
Goldkr. 9. 9½ G.		Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¾ bz.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ G
dito Lot.-A. v. 60	5	69¾
dito dito 64	—	42¼ bz. u. G.
dito 64er Pr.-A.	4	63¼ G.
dito Eisenb.-L.	—	72 bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	44½ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85¼ etw. bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63¾ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57¼ G.
Liqu. Pfandbr.	4	48 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	94⅛ bz.
dito à 300 Fl.	5	91½ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53 G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29⅛ etw. bz
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅛ à ¾ et. ⅝ bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	94¼ bz.
dito II.	4½	— — —
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 G.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102⅛ bz.
dito	4	84⅛ G.
dito III.	4	83¼ B.
dito	4½	94½ G.
dito IV.	4	83⅝ bz.
dito V.	4	83¼ G
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	85¼ bz.
Gal. Ludwigsb.	5	81½ B. u. 76 B.
Niederschl.-Märk.	4	87 bz.
dito conv.	4	87 G.
dito III.	4	84¼ B.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99⅛ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78 B.
dito C.	4	85⅛ bz.
dito D.	4	85½ bz.
dito E.	3½	77¾ G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	93 B.
Oest.-Franz.	3	254½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	215⅛ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	96⅛ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93⅝ bz. u. G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

	Dividende pro 1865	1866		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28½ bz. u. G.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4⅔	4	103¼ bz. u. G.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	139⅛ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	223¾ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78⅞ bz. u. G.
dito St.-Prior.	—	—	5	96¾ bz. u. G.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	161 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	219¾ bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	136¾ bz.
Böhm.-Westb.	—	—	5	61½ à ¾ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	126 etw. bz. u. B.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	142¾ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2½	4	76 à ⅛ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ G.
dito dito	—	5	5	90 G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	86½ bz. u. G.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅖	4	154 bz. u. G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	187 G.
Magd.-Leipzig	20	—	4	261 B.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	126⅞ bz.
Mecklenburger	3	3	4	74½ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	93 bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88½ bz.
Niedrschl. Zwgb.	2⅔	5	4	77 etw. bz. u. G.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96¼ bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	198⅛ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	179 bz.
dito C.	11⅔	12	3½	199⅞ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	135½ à 36 à 35¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	95⅛ à ⅜ à ⅝ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ B.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	86¼ bz.
Rheinische	7	—	4	119¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28¾ à 29¼ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93½ bz.
Thüringer	—	—	4	130 G.
Warschau-Wien.	8½	—	5	61⅛ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	94¾ bz.
Bremer Bank	6½	8	4	117½ G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	112 B.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	98¾ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	102 B.
Gothaer "	7½	5	4	91 B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	78½ G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	116⅜ bz.
" Vereins-B.	8 19/20	10 5/16	4	111 G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	80 bz.
Magdeburger B.	5½	5	4	87½ G.
Posener Bank	6½	7½	4	101 G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅙	4½	155½ G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar "	6½	4¼	4	82 B.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	111 bz.
Coburg Credb. A.	8½	4	4	71¼ G.
Darmstädter "	6½	4½	4	81 bz. u. G.
Dessauer "	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	110 bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24⅛ bz.
Leipziger "	4	—	4	84¼ G.
Meininger "	7	—	4	92¾ B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	13⅞ G.
Oesterr. Credb. A.	4½	—	5	75¾ bz. u. B.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113⅜ bz.
—				
Minerva	1	—	5	28⅝ G.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	126½ bz.

Berlin, 9. December. Weizen loco 86—105 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 73—75¾ Thlr. nach Qualität, 79—80pfd. 74½—75½ Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco flüssiges 10⅔ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 20⅓ Thlr. bez., pro Dec. und Dec.-Jan. 20¾—¼—⅓ Thlr. bez., Jan.-Febr. — —, April-Mai 21 5/12—⅙ Thlr. bez. und Br., 1/12 Thlr. Gld., Mai-Juni 21⅓—⅔ Thlr. bez., Juni-Juli 21⅔—¾ Thlr. bez.

✤ **Breslau**, 10. December. Für Getreide war am heutigen Markte feste Stimmung vorherrschend, bei der sich Preise gut behaupteten, der Umsatz behielt den zeitherigen Umfang.

Weizen in fester Haltung, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 100—113 Sgr., gelber 101—111 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen in fester Haltung, pr. 84 Pfund 85—88 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. gelbe 55—57 Sgr., helle 59—61 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 60 bis 63 Sgr. — Oelsaaten preishaltend.. — Lupinen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfd. gelbe 46—50 Sgr., blaue 43—47 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 44 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	101—109—114	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	101—107—111	Winter-Raps	190—192—202
Roggen	86—87—88	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	54—60—65	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	35—36—37	Leindotter	158—168—174
Erbsen	72—75—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.
Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.
Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.